



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 11 · November 2001 · 56. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Geldvermögen privater Haushalte in Hessen.

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Erziehungsberatung in Hessen 2000

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Haushalte	
Geldvermögen privater Haushalte in Hessen. Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	362
Verarbeitendes Gewerbe	
Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	367
Sozialleistungen	
Erziehungsberatung in Hessen 2000. Von <i>Siegfried Than</i>	370
Daten zur Wirtschaftslage	375
Ganz kurz . . .	382
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	383
Arbeitsmarkt	383
Landwirtschaft	384
Verarbeitendes Gewerbe	384
Öffentliche Energieversorgung	384
Baugewerbe, Baugenehmigungen	385
Einzelhandel und Gastgewerbe	385
Außenhandel	386
Fremdenverkehr, Verkehr	386
Geld und Kredit	387
Preise	387
Steuern	388
Löhne und Gehälter	388
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2001
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 75,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

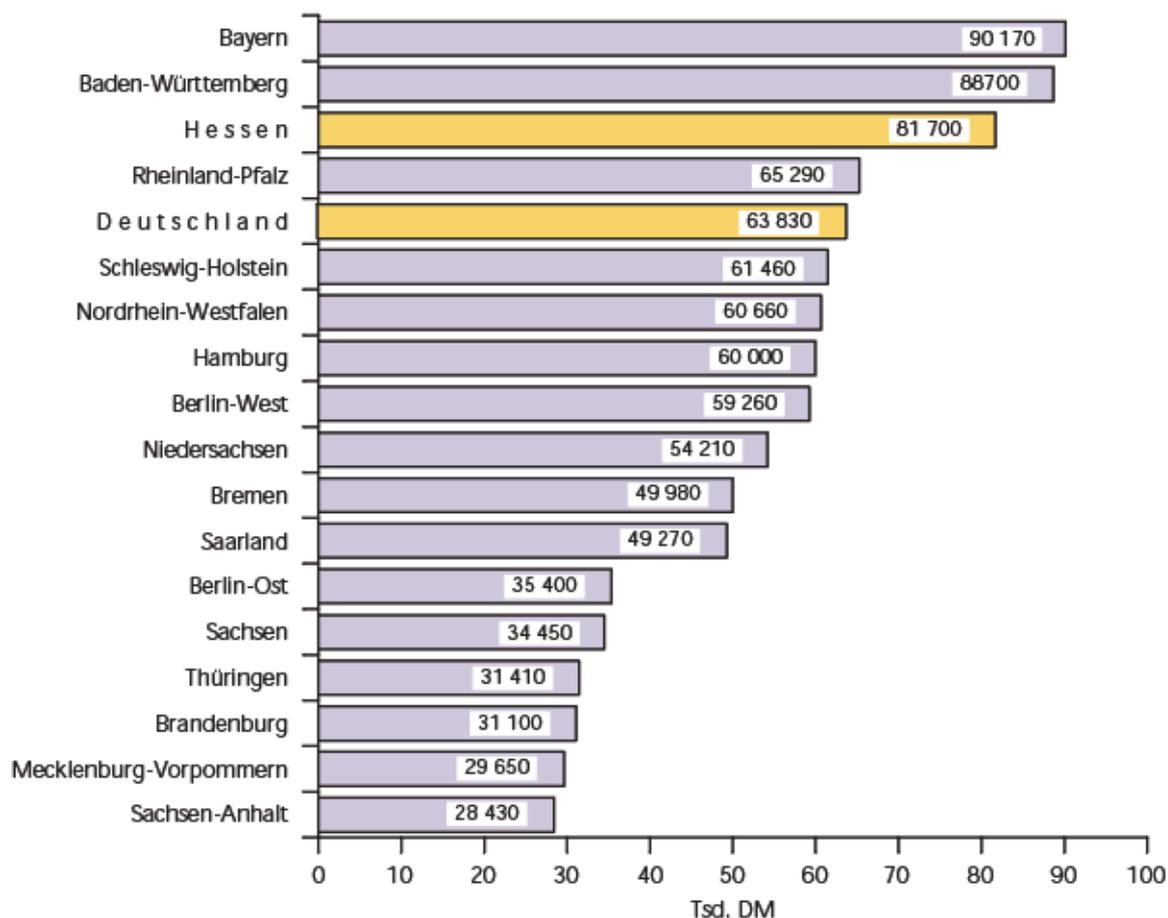
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsdaten die Ausgangszahlen kleiner als 100 ist
. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Durchschnittliches Geldvermögen je Haushalt¹⁾ im Jahr 1998 nach Bundesländern
(Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998)



1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM oder mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Geldvermögen privater Haushalte in Hessen

Weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Traditionell werden zum Abschluss der Einkommens- und Verbrauchsstichproben im Abstand von rund fünf Jahren die privaten Haushalte nach Art und Höhe ihres Vermögens befragt, nachdem sie zuvor bereits Angaben über die Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern gemacht und ihre laufenden Einnahmen und Ausgaben festgehalten haben. Mit einem durchschnittlichen Geldvermögen in Höhe von annähernd 82 000 DM lagen die hessischen Haushalte 1998 erneut in der Spitzengruppe mit den Haushalten aus Bayern und Baden-Württemberg. Auch der Vermögenszuwachs gegenüber 1993 war mit 18 % etwas höher als im Durchschnitt der alten Bundesländer. Unter den Arten des Geldvermögens ist nach wie vor das altbewährte Spargbuch am weitesten verbreitet. Es war in knapp acht von zehn Haushalten mit wenigstens einem Exemplar vorhanden. Aus einem durchschnittlichen Sparguthaben von fast 16 700 DM je Haushalt errechnet sich für alle Haushalte zusammen ein Betrag von etwa 45 Mrd. DM, ein Drittel mehr als Ende 1993. Der Anteil der Haushalte mit Bausparverträgen blieb unverändert bei 44 %, während Wertpapiere weiter an Attraktivität gewonnen hatten. So verfügte gut jeder zweite Haushalt — 1988 erst jeder dritte — über Wertpapiere in irgendeiner Form. Vielfach gab es gerade in diesem Teilbereich kombinierte Anlagearten, darunter auch in Verbindung mit Aktien. Neben der Haushaltsgröße und der sozialen Stellung war in erster Linie das verfügbare Einkommen ausschlaggebend für die Anlageart und insbesondere für die Höhe des Vermögens. Der Wert des gesamten Geldvermögens der hessischen Haushalte belief sich im Jahr 1998 auf fast 220 Mrd. DM. Im Übrigen standen diesem Vermögen in einer allerdings nicht so großen Anzahl von Haushalten Kreditschulden gegenüber. Sie betragen bei einer durchschnittlichen Restschuld von gut 14 000 DM in ihrer Summe jedoch immerhin fast 7 Mrd. DM.

Methodische Vorbemerkungen

Bei den seit 1962 in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) werden außer Art und Höhe der Einnahmen sowie deren Verwendung vorab Angaben über die Zusammensetzung der privaten Haushalte und ihre Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern erhoben sowie zum Abschluss Fragen zur Vermögenssituation gestellt. Sie sind damit die einzigen Erhebungen, die haushaltsbezogene Aussagen zu diesem Themenkomplex zulassen, auch wenn dabei erfahrungsgemäß eine gewisse Unterbewertung in Kauf genommen werden muss. Einerseits dürften nämlich nicht selten Vermögensbestände „vergessen“ oder zu niedrig angegeben werden, andererseits sind die Haushalte mit dem höchsten Nettoeinkommen (ab 35 000 DM monatlich) wegen zu geringer Besetzung nicht in die Erhebung einbezogen. Bei der letzten EVS im Jahr 1998 wurden die Vermögensfragen erstmals gesplittet, indem die Angaben zum Immobilienbesitz bereits zu Beginn der Erhebung ermittelt wurden, während die Fragen zum Geldvermögen ans Ende des für ein Vierteljahr zu führenden Haushaltsbuchs verlagert wurden. Damit entfiel das früher übliche Schlussinterview¹⁾, was neben einer Kostenersparnis freilich auch zur Folge hatte, dass die Vermögenswerte nicht mehr für einen einheitlichen Stichtag nachgewiesen werden können. Gerade für die Aussagen über das Geldvermögen scheint ein der-

artiges Verfahren eher nachteilig, da sie sich nun auf vier Quartalsbestände beziehen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Fälle mit geschätzten Werten noch häufiger sind als bei diesem äußerst sensiblen Bereich ohnehin schon, weil eine genaue Wertermittlung nicht selten nur zum Jahresende erfolgt (z. B. bei Zinserträgen in Sparbüchern) bzw. den Anlegern nur zu diesem Termin übermittelt wird. Wegen dieser Problematik und wegen gewisser inhaltlicher Änderungen wird bei der Darstellung der Ergebnisse auch auf einen Zeitvergleich in Details verzichtet. Die Daten zum Haus- und Grundbesitz vom Jahresbeginn 1998 wurden bereits vor längerer Zeit kommentiert²⁾.

Vorab seien zusätzlich noch einige Anmerkungen zur Problematik bei der Verwendung von Durchschnittswerten gemacht, die gerade im Zusammenhang mit Aussagen zum Vermögen leicht zu Irritationen führen können. Die ausgewiesenen Durchschnittswerte — gleichgültig ob für die Gesamtheit aller Haushalte oder für bestimmte Haushaltsgruppen — beziehen sich nicht auf einen „typischen“ Haushalt, sondern sind das rechnerische Ergebnis aus allen Einzeluntergliederungen. In welchem Umfang diese jeweils am Gesamtergebnis beteiligt sind, ist aus der ersten Spalte der Tabelle (hochgerechnete Haushaltszahlen) in Verbindung mit den Anteilswerten bei den einzelnen Vermögensformen und Haushaltsgruppen ersichtlich.

Hessische Haushalte in der Spitzengruppe

Im Jahr 1998 besaß im Durchschnitt jeder der hochgerechnet fast 2,7 Mill. hessischen Haushalte — bei einer breiten Streu-

1) Näheres zu Rechtsgrundlage, Turnus und Methoden der Erhebung siehe „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit neuem Konzept“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 11, November 1997, Seite 294 ff.

2) Vgl. „Immobilienbesitz und Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Hessen im Januar 1998“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 54. Jahrg., Heft 7/8, Juli/August 1999, Seite 208 ff.

ung im Einzelfall³⁾ — ein Geldvermögen in Höhe von 81 700 DM. Damit lagen sie im Bundesvergleich relativ knapp hinter Bayern (90 200 DM) und Baden-Württemberg (88 700 DM), aber mit deutlichem Abstand vor dem viertplatzierten Rheinland-Pfalz (65 300 DM) in der Spitzengruppe. Diese vier Länder waren auch die einzigen, die den Bundesdurchschnitt von gut 63 800 DM übertrafen. Am anderen Ende der Skala erreichten die Haushalte in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Geldvermögen von gut 28 400 DM bzw. 29 700 DM nicht einmal ein Drittel der Höchstwerte (vgl. Schaubild auf Seite 361). Dabei waren in den Ländern im Osten der Republik gegenüber 1993 die stärksten Zuwachsraten zu verzeichnen, allerdings ausgehend von einem damals sehr niedrigen Niveau. Sie betragen im Durchschnitt 40 % gegenüber lediglich 13 % bei den „alten“ Ländern und 16 % im Bundesdurchschnitt. In Ba-

den-Württemberg, Hessen und Bayern lagen sie mit Werten von + 21, + 18 bzw. + 17 % jedoch ebenfalls darüber, wenn auch nur relativ gering. Immerhin reichte das aber dafür aus, dass sich — in absoluten Beträgen betrachtet — die Abstände dieser drei an der Spitze liegenden alten Bundesländer gegenüber den anderen noch weiter vergrößert haben.

Die einzelnen Arten der Vermögensbildung werden in sehr unterschiedlichem Umfang genutzt, meist aber in der Kombination von mehreren Formen⁴⁾. Mit Abstand am weitesten verbreitet war — wie schon bei den vorangegangenen EVS — das altbewährte *Sparbuch*. So verfügten 1998 fast acht von zehn hessischen Haushalten über mindestens ein Sparbuch. Früher hatte diese Quote allerdings meist deutlich über 90 % gelegen. Dass der Anteil zuletzt relativ stark rückläufig war, ist sicher auf die niedrige Verzinsung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist und das damit verbundene Umsteigen auf Anlageformen mit besseren Renditeerwartungen zurückzuführen. Beachtlich ist andererseits die Tatsache, dass der pro Haushalt durchschnittlich angesparte Betrag um über 2200 DM bzw. um reichlich 15 % auf fast 16 700 DM angewachsen ist. Damit ist das Sparvermö-

3) Rund 8 % der hessischen Haushalte hatten 1998 keine Ersparnisse und 10 % weniger als 5000 DM; zwischen 5000 und 20 000 DM hatten gut 17 % der Haushalte zurückgelegt, 22 % zwischen 20 000 und 50 000 DM sowie 19 % zwischen 50 000 und 100 000 DM; ein Geldvermögen von 100 000 DM oder mehr besaßen immerhin gut 23 % der Haushalte.

4) Im Durchschnitt gab es pro Haushalt fast drei verschiedene Anlageformen.

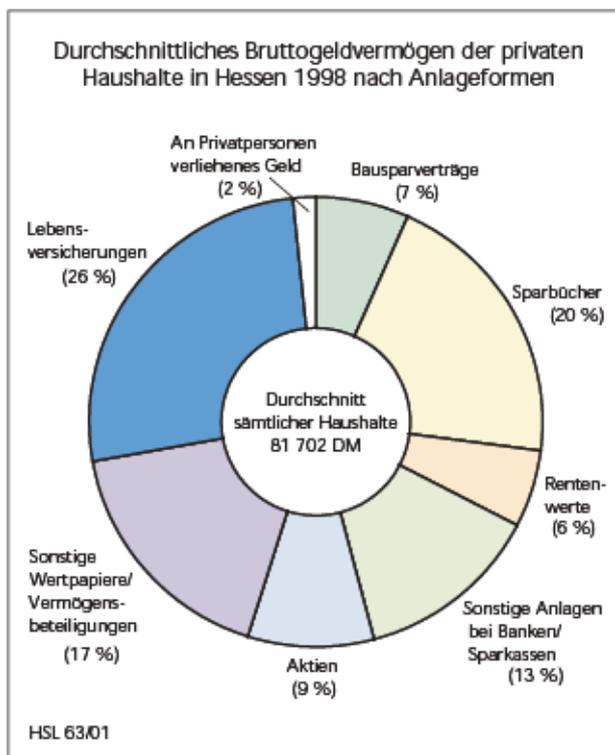
Private Haushalte mit Vermögen in Hessen 1998 nach Vermögensformen und Haushaltsgruppen

Haushaltsgruppe	Haushalte insgesamt	darunter mit Bruttogeldvermögen		und zwar mit folgender Vermögensform							
		%	DM ⁴⁾	Sparguthaben		Bausparguthaben		Wertpapieren ¹⁾		Lebensversicherungen ²⁾	
				% ³⁾	DM ⁴⁾	% ³⁾	DM ⁴⁾	% ³⁾	DM ⁵⁾	% ³⁾	DM ⁶⁾
Haushalte insgesamt											
2 674 91,6 81 702 77,9 16 669 44,0 5 436 53,3 36 878 53,9 21 395											
Nach der Haushaltsgröße											
1 Person	915	84,8	66 516	68,7	12 550	26,8	2 586	44,3	41 596	35,4	8 398
2 Personen	922	95,2	89 314	83,3	20 261	43,8	5 082	57,2	37 430	55,1	24 75
3 Personen	392	96,4	92 162	84,2	19 187	61,0	8 017	61,0	32 405	72,4	31 510
4 Personen	323	95,7	82 501	82,7	14 253	66,9	9 545	59,1	26 567	75,5	31 951
5 oder mehr Personen	122	89,3	102 454	74,6	18 745	59,0	10 309	51,6	39 031	67,2	33 084
Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen											
Unter 1 800 DM	215	58,6	14 378	(43,7)	(3 598)	/	/	(19,1)	(7 522)	(18,1)	(1 736)
1 800 bis unter 2 500 DM	250	79,6	21 579	61,2	6 945	(23,6)	(1 138)	(31,2)	(9 857)	(28,0)	(3 383)
2 500 bis unter 3 500 DM	389	91,8	37 912	76,9	12 085	27,5	1 929	40,4	14 555	38,0	8 390
3 500 bis unter 5 000 DM	529	94,5	55 675	81,5	18 324	41,0	3 409	50,7	20 112	53,7	12 678
5 000 bis unter 7 000 DM	580	97,4	75 222	84,0	18 908	52,8	7 415	61,9	27 006	62,9	20 273
7 000 bis unter 10 000 DM	435	98,6	150 325	86,4	20 578	67,4	9 792	69,2	83 842	73,3	34 272
10 000 bis unter 35 000 DM	276	99,3	205 869	88,8	28 087	60,1	10 243	80,4	94 642	78,6	70 205
Nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers											
Selbstständige ⁷⁾	169	92,9	245 262	67,5	14 289	46,2	9 429	51,5	152 070	72,8	67 846
Beamte	124	99,2	108 753	90,3	23 017	73,4	11 222	68,5	36 778	78,2	36 470
Angestellte	867	96,9	83 512	82,5	15 290	57,4	7 405	63,2	33 083	64,2	26 752
Arbeiter	456	93,6	50 750	76,8	12 601	62,1	6 128	46,7	11 907	66,7	19 667
Nichtwerbende	1 057	85,4	64 230	75,1	19 187	21,4	2 204	46,6	32 348	34,2	8 548
Nach dem Haushaltstyp											
Allein lebende Frau	593	87,0	41 352	71,3	12 873	24,6	2 476	44,9	20 052	34,1	4 665
Allein lebender Mann	322	80,7	112 888	64,0	11 956	30,4	2 789	43,2	81 298	37,9	15 275
Alleinerziehende ⁸⁾	78	82,1	30 178	61,5	6 157	(28,2)	(1 864)	(37,2)	(14 787)	(46,2)	(6 730)
(Ehe-)Paare zusammen	1 279	96,0	88 525	83,9	19 425	51,5	6 620	59,9	34 435	62,9	26 738
davon											
ohne Kind	800	96,6	98 238	85,3	21 996	44,3	5 451	61,0	42 093	56,3	26 892
mit Kind(ern)	479	95,0	72 317	81,4	15 133	63,7	8 570	58,0	21 657	74,3	26 482

1) Aktien, Rentenwerte, sonst. Wertpapiere/Vermögensbeteiligungen und sonst. Anlagen bei Banken/Sparkassen. — 2) Einschl. Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. — 3) Anteil an der jeweiligen Gruppe insgesamt. — 4) Durchschnittl. Guthaben je Haushalt. — 5) Durchschnittl. Wert zum Tageskurs je Haushalt. — 6) Durchschnittl. geschätzter Rückkaufwert einschl. Überschussbeteiligung bei einer unterstellten Kündigung des Vertrages im Jahr 1998 je Haushalt. — 7) Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte. — 8) Unabhängig von der Zahl der Kinder.

gen aller Haushalte seit Ende 1993 um rund 11 Mrd. DM oder um ein Drittel auf 45 Mrd. DM gestiegen, zumal sich die Gesamtzahl der Haushalte in dieser Zeit ebenfalls nochmals erhöht hat. *Bausparverträge* waren — wie schon bei den letzten beiden Erhebungen — in 44 % der Haushalte vorhanden. Allerdings waren die angesparten Guthaben im Durchschnitt mit weniger als 5500 DM nicht einmal mehr halb so hoch wie Ende 1993. Das lässt darauf schließen, dass in vielen Fällen nicht mehr für den Eigenheimbau oder -kauf, sondern nur noch für eine Entschuldung oder Umbau- bzw. Renovierungsmaßnahmen gespart wird.

Ständig zugenommen haben Zahl und Anteil der Haushalte mit *Wertpapieren* im weitesten Sinne. Im Verlauf der letzten 25 Jahre hat sich der Anteil der entsprechenden Haushalte mehr als verdoppelt, sodass inzwischen gut jeder zweite Haushalt — vor zehn Jahren erst jeder dritte — zumindest einen Teil seines Vermögens in dieser Form angelegt hat. Dabei standen die „sonstigen Anlagen bei Banken/Sparkassen“ (Sparbriefe, Fest- oder Termingelder) mit einem Anteil von 38 % aller Haushalte im Vordergrund. Mit jeweils rund einem Fünftel folgten Haushalte mit Aktienvermögen bzw. „sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen“



(z. B. Immobilien-, Wertpapier- und Geldmarktfonds, Genossenschaftsanteile u. ä.). Jeder zehnte Haushalt war im Besitz von Rentenwerten (Pfandbriefe, Bundesschatzbriefe u. ä.). Aus der Summe dieser Werte von annähernd 90 % ist zu ersehen, dass die Haushalte, die über derartige Vermögensbestände verfügten, sie im Durchschnitt auf etwa zwei verschiedene Anlageformen verteilt hatten. Ihr Gesamtwert pro

5) Einschl. Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen.

Haushalt erreichte knapp 37 000 DM, etwa um die Hälfte mehr als Ende 1993. Fast 54 % aller Haushalte hatten darüber hinaus mindestens eine *Lebensversicherung*⁵⁾ abgeschlossen. Ihr aktueller Rückkaufwert lag im Jahr 1998 mit durchschnittlich 21 400 DM — nur wenig mehr als fünf Jahre zuvor — etwa so hoch wie Spar- und Bausparguthaben zusammen; das war jeweils gut ein Viertel des gesamten Geldvermögens. Auf die verschiedenen Wertpapieranlagen zusammen entfielen rund 45 %, und zwar schwerpunktmäßig auf die beiden zuvor genannten „sonstigen“ Anlagearten. Letztlich hatte fast jeder zehnte Haushalt Geld an Privatpersonen verliehen, wenn auch nur in relativ geringer Höhe: Mit einem Durchschnittsbetrag von 1325 DM war das ein Anteil von deutlich weniger als 2 % des Gesamtvermögens.

Sparbücher in allen Haushaltsgruppen am häufigsten

In sämtlichen Schichten der Bevölkerung erfreut sich das altbewährte Sparbuch nach wie vor nahezu gleich großer Beliebtheit. Die wesentlichen Gründe für seine Verbreitung sind — trotz des unverändert niedrigen Zinsniveaus — die in normalen Zeiten sichere Anlage, die rasche Verfügbarkeit des Geldes, zumindest von größeren Teilbeträgen, sowie die Möglichkeit, auch in geringerem Umfang immer dann etwas anzusparen, wenn gerade einmal Geld übrig ist. Dass höhere Beträge in der Regel anderweitig angelegt werden, zeigt sich in der längerfristig unterdurchschnittlichen Zunahme der Sparguthaben, die in den meisten Haushaltsgruppierungen schon seit einiger Zeit nicht mehr die größten Vermögensbestände darstellen.

Mit einem Anteil von 90 % lagen Beamtenhaushalte nach den Ergebnissen der EVS 1998, unter Heranziehung der üblichen Gliederungskriterien der privaten Haushalte, am weitesten über dem „Durchschnittshaushalt“. Weniger oft waren Sparbücher bei selbstständigen Gewerbetreibenden oder freiberuflich Tätigen sowie bei Nichterwerbstätigen mit Anteilen von knapp 68 bzw. 75 % vorhanden. Während dies bei Selbstständigen zum Teil mit der stärkeren Nutzung anderer Vermögensanlagen zusammenhängt, spielt bei den „Nichterwerbstätigen“ sicher die sehr heterogene Zusammensetzung eine Rolle. Unter diesem Begriff sind nämlich alle Haushalte von Rentnern, Pensionären, Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern ebenso subsumiert wie solche, die ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten, also Personen, die von Erträgen ihres Vermögens leben. Er umfasst aber auch nicht erwerbstätige Studenten mit eigener Haushaltsführung, unabhängig davon, ob sie BAföG beziehen oder das Studium durch Eltern, Verwandte oder andere Quellen finanziert wird. Eine gewisse Übereinstimmung besteht allerdings insofern, als es sich in der gesamten Gruppe häufig um Alleinstehende oder auch um ältere Menschen handelt. So waren denn unter den allein lebenden Männern und Frauen Sparbücher mit Anteilen von 64 % bzw. gut 71 % weniger oft zu finden als in Haushalten mit

mehreren Personen. Sogar noch niedriger lag der Anteil von Sparbuchinhabern bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2500 DM sowie bei Alleinerziehenden mit jeweils reichlich 61 %.

Hinsichtlich der Höhe der Sparguthaben stellten sich die Verhältnisse jedoch etwas anders dar. Einerseits hatten die Beamtenhaushalte mit 23 000 DM im Durchschnitt — abgesehen von Haushalten mit mindestens 10 000 DM Nettoeinkommen im Monat — auch die höchsten Beträge angespart; andererseits hatte jedoch das Sparguthaben für Nichterwerbstätige und für allein lebende, häufig ältere Frauen, also eine in weiten Teilen deckungsgleiche Gruppe von Haushalten, mit einem Anteil von jeweils rund 30 % ihres Geldvermögens eine besondere Bedeutung. Relativ am schlechtesten waren die Alleinerziehenden mit einem durchschnittlichen Sparguthaben von weniger als 6200 DM und am besten die (Ehe-)Paare ohne Kinder, das heißt ohne Kinder im gemeinsamen Haushalt, mit 22 000 DM gestellt. Die evidente Abhängigkeit der angesparten Beträge von der Einkommenssituation, wie übrigens auch der Anlage-Häufigkeit und der Guthaben bei allen anderen Vermögensformen, sei nur am Rande erwähnt.

Bausparverträge am häufigsten bei Familien mit Kindern

Das Bausparen ist bei den einzelnen Haushaltsgruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt. So ist die Spanne in der Häufigkeitsverteilung beim Bausparen größer als bei anderen Anlageformen; auch die angesparten Beträge unterscheiden sich ganz erheblich. Das dürfte im Wesentlichen in der recht engen Zweckbindung dieser Sparform an den Erwerb bzw. die Renovierung von Gebäude- und Wohnungseigentum sowie den langen Laufzeiten bei relativ niedrigem Zinsertrag begründet sein. Dazu kommt, dass in vielen Fällen — insbesondere bei älteren Menschen — der Immobilienbesitz bereits schuldenfrei ist und daher kein Bausparvertrag mehr abgeschlossen wird. So ist es nicht verwunderlich, dass nur gut jeder fünfte Haushalt von Nichterwerbstätigen und jeder vierte Haushalt von Alleinstehenden einen Bausparvertrag besaß. Andererseits verfügten zwei Drittel der Haushalte mit vier Personen und 64 % der Paare mit Kind(ern) über Bausparguthaben. Am oberen Ende der Skala standen aber — wie bei den Sparbüchern — die Beamtenhaushalte, von denen fast drei Viertel einen Bausparvertrag hatten.

Die angesparte Summe war bei den Beamtenhaushalten mit gut 11 200 DM ebenfalls am höchsten. Ansonsten lag sie in den meisten Haushaltsgruppen zwar unter 10 000 DM, aber doch deutlich über dem Durchschnitt aller Haushalte (5436 DM), weil dieser durch den hohen Anteil von Einpersonenhaushalten an der Gesamtzahl gerade bei dieser Anlageform kräftig nach unten gedrückt wird. Gemessen am Gesamtvermögen spielt das Bausparguthaben mit einem Anteil

von fast immer weniger als einem Zehntel bei den meisten Haushaltsgruppen nur eine untergeordnete Rolle.

Mehr Wertpapiere mit steigendem Einkommen

Wie bereits eingangs erwähnt, hat die Geldanlage in Form von Wertpapieren vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten am stärksten an Bedeutung gewonnen. Dabei mag die Feststellung überraschen, dass es bei der Verbreitung dieser Vermögensform zwischen den meisten Haushaltsgruppen keine besonders extremen Unterschiede gab. Der Besitz von Wertpapieren ist also nicht mehr unbedingt das Privileg einer bestimmten Gesellschaftsschicht, obwohl das zur Verfügung stehende Einkommen von ausschlaggebender Bedeutung für diese Form der Geldanlage bleibt. Lediglich von allein lebenden Personen und Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 3500 DM wurde sie weit unterdurchschnittlich als Geldanlage genutzt. Während die Haushalte von Beamten und Angestellten mit Anteilen von reichlich 68 bzw. 63 % herausragten, wurde zwischen den Haushalten von Selbstständigen (52 %) sowie Arbeitern und Nichterwerbstätigen (jeweils 47 %) nur eine Differenz von fünf Prozentpunkten ermittelt.

Wesentlich bedeutsamer werden die Unterschiede jedoch, wenn man die Höhe der angelegten Beträge unter die Lupe nimmt, gerade im Vergleich der zuletzt genannten Haushaltsgruppen. Hier ragten die Selbstständigen-Haushalte mit einem Durchschnittswert derartigen Vermögens von 152 000 DM heraus; selbst die Haushalte der höchsten Einkommensklasse blieben da mit deutlich unter 100 000 DM weit zurück. Haushalte von Nichterwerbstätigen hatten nur gut den fünften, Arbeiterhaushalte mit lediglich knapp 12 000 DM sogar nur den 13. Teil des Spitzenwertes in Wertpapieren angelegt. Auffallend gering waren demgegenüber die Differenzen bei den einzelnen Haushaltsgrößenklassen, wenn man einmal von den Haushalten mit vier Personen absieht. Diese waren, wie auch bei den Sparguthaben und dem Gesamtvermögen relativ schlecht gestellt, wahrscheinlich weil es sich bei ihnen zu einem hohen Anteil um „jüngere“ Haushalte mit Kindern handelt, die noch nicht lange genug die Möglichkeit zur Vermögensbildung hatten, sondern ihr Einkommen zu einem großen Teil für Anschaffungen aufbringen mussten. Ins Auge fallen andererseits noch die Alleinlebenden, die als „Einpersonenhaushalte“ zusammen in der Gliederung nach der Haushaltsgröße an der Spitze aller Haushalte lagen. Entscheidend war hier jedoch, dass ein allein lebender Mann mit über 81 000 DM mehr als viermal so viel in Wertpapieren investiert hatte als eine allein lebende Frau.

Lebensversicherungen nicht nur bei Selbstständigen

Ähnlich, wenn auch nicht mit der gleich starken Ausprägung, waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen bei der Lebensversicherung, sowohl hin-

sichtlich der Häufigkeit als auch der — gerade bei dieser Anlageform problematischen — aktuellen Bewertung. Mehr als die zuvor genannten Sparformen dient die Lebensversicherung von ihrer Zweckbestimmung her der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Sicherstellung von Familienangehörigen oder zur Absicherung gegen besondere Risiken. Charakteristisches Merkmal dafür ist, dass die volle vereinbarte Versicherungssumme im Falle des Todes an Angehörige ausgezahlt wird, unabhängig von der Höhe der bis dahin gezahlten Beiträge. So scheint die Lebensversicherung für selbstständige Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige, die zu einem großen Teil keiner Rentenversicherungspflicht unterliegen, die bevorzugte Altersabsicherung zu sein. Dies wird nicht allein aus dem mit 73 % sehr hohen Anteil von Haushalten dieser Gruppe ersichtlich, die eine Lebensversicherung besaßen, sondern mehr noch aus der Höhe des geschätzten Rückkaufwertes. Er betrug bei Selbstständigen-Haushalten fast 68 000 DM und war damit über dreimal so hoch wie im Durchschnitt aller Haushalte, von denen im Übrigen nur 54 % eine Lebensversicherung abgeschlossen hatten.

Andererseits besaßen immerhin rund zwei Drittel der Arbeitnehmerhaushalte ebenfalls eine Lebensversicherung, wobei Haushalte von Beamten mit einem Anteil von 78 % sogar vor den Selbstständigen rangierten und Haushalte von Arbeitern knapp vor den Angestellten. Die Rückkaufwerte waren vor allem bei den beiden zuletzt genannten Gruppen deutlich niedriger als bei den Selbstständigen, was zum Teil daran liegen mag, dass sie in der Regel der gesetzlichen Rentenversicherung angehören. Hier sollen zusätzliche Lebensversicherungen wohl die Gewähr dafür bieten, dass der Lebensstandard der Familie nach dem Ausscheiden des Ernährers aus dem Erwerbsleben (bzw. auch im Todesfall) nicht absinkt. In manchen Fällen dürften sie allerdings auch im Zu-

6) Da sich Haushalte aus sozial schwachen Schichten erfahrungsgemäß weniger an der EVS beteiligen, muss von einer gewissen Untererfassung ausgegangen werden.

sammenhang mit größeren Kreditaufnahmen, insbesondere für einen Immobilienerwerb, stehen. Dass unter diesen Gesichtspunkten nur jeder dritte Haushalt von Nichterwerbstitigen eine Lebensversicherung besaß, ist kaum verwunderlich. Das gilt auch für den niedrigen Rückkaufwert von nur 8550 DM, gerade ein Achtel des Wertes bei den Selbstständigen.

220 Mrd. DM Guthaben, 7 Mrd. DM Schulden

Die in den verschiedenen Formen angesparten Geldvermögen, ohne Bargeld und Bestände auf Girokonten, summierten sich 1998 für alle hessischen Privathaushalte zusammen auf rund 220 Mrd. DM; das waren etwa 40 Mrd. DM oder gut ein Fünftel mehr als fünf Jahre davor. Dabei besaßen gut 8 % der Haushalte keinerlei Geldvermögen in einer der genannten Vermögensformen, vor allem natürlich kleine Haushalte mit geringem Einkommen.

Auf der anderen Seite hatte sich mindestens jeder sechste Haushalt in Form eines Konsumentenkredites verschuldet. Nicht einbezogen sind hierbei Hypothekenkredite und insbesondere auch die so genannten „Dispositionskredite“, also die Überziehung des Girokontos. Die Höhe der Verschuldung lag bei den betroffenen Haushalten im Durchschnitt bei 14 000 DM, umgerechnet auf sämtliche Haushalte aber nur bei 2500 DM. Daraus ergibt sich jedoch eine Gesamtverschuldung⁶⁾ von insgesamt annähernd 7 Mrd. DM, etwa 1 Mrd. DM mehr als 1993. Gut jeder vierte hessische Haushalt mit vier Personen und jeder fünfte mit drei Personen hatten 1998 einen Kredit abzutragen. Bei den Zwei-Personen-Haushalten war eine Verschuldung mit einem Anteil von 14 % am seltensten. Ein vielleicht überraschender Aspekt ist, dass das Monatseinkommen der Haushalte auf die Häufigkeit einer Verschuldung nur recht geringe Auswirkungen zu haben scheint, denn in keiner Einkommensgrößenklasse waren die Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt höher als zwei Prozentpunkte. □

Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe 1995 bis 2000

Da die Zahl der Beschäftigten in den letzten fünf Jahren infolge zahlreicher Entscheidungen (Outsourcing, Betriebsstillegungen, Betriebsverlagerungen) und Anpassungsprozesse im hessischen Verarbeitenden Gewerbe sank, konnten auch steigende Tariflöhne nicht verhindern, dass die insgesamt gezahlten Löhne und Gehälter zwischen 1995 und 2000 zurückgingen. Die Gesamtumsätze wurden jedoch weiterhin gesteigert.

Im Jahr 2000 wurden an die Beschäftigten im hessischen Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ insgesamt 32,9 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Darin enthalten sind die Bruttobeträge einschl. aller Zuschläge — zum Beispiel auch die Akkord- und Schichtzuschläge, Gratifikationen usw. —, allerdings ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung²⁾.

Knapp 78 % der Löhne und Gehälter wurden in den acht großen Branchen des Landes gezahlt, und fast die Hälfte (46 %) entfiel auf die drei ganz Großen: die Chemische Industrie, den Maschinenbau und die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

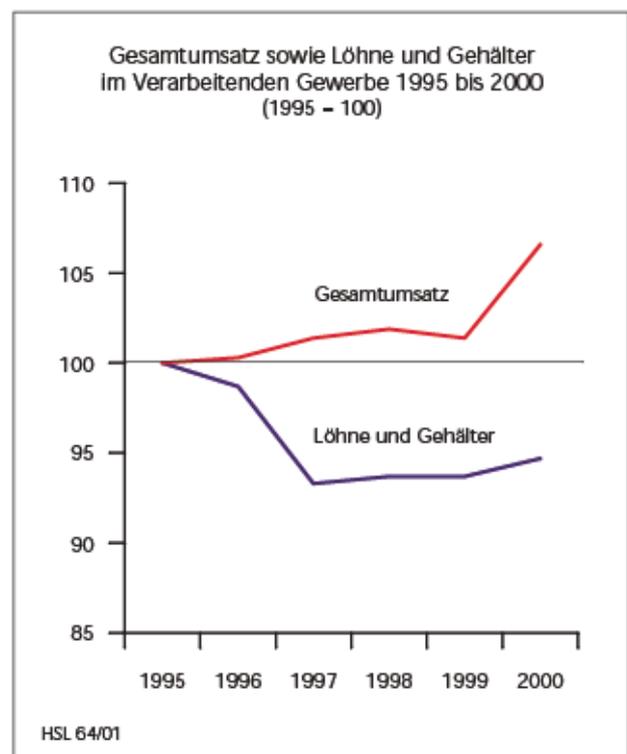
Die nominal gezahlten Löhne und Gehälter lagen im Jahr 2000 um 1,0 % über denen des Vorjahrs. Sie waren jedoch um 5,3 % niedriger als 1995. Rückgänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gab es 1996 und 1997. Hierzu haben zahlreiche Einflussfaktoren beigetragen, vor allem, dass ganze Bereiche in den letzten Jahren aus der Industrie ausgegliedert und dem tertiären Sektor zugeschlagen wurden. Neben den Rechenzentren gehören Teile der Verwaltungen, zuweilen sogar Konstruktionsbüros, auch Forschungsabteilungen, Hausverwaltungen, Reinigungsdienste und ehemals zum Unternehmen gehörende Fahrdienste etc. dazu. Die Beschäftigten dieser Bereiche wurden zwar nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen, sie gingen jedoch dem Verarbeitenden Gewerbe verloren. Zahlreiche weitere Arbeitskräfte wurden aber auch im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen durch Maschinen und neue Arbeitsabläufe substituiert. Sie mussten sich auf dem Arbeitsmarkt um eine neue Beschäftigung bemühen, wenn sie nicht in eine Dauerarbeitslosigkeit geraten wollten. Nicht selten wurden jedoch auch Produktionen an günstigere Standorte verlagert. Standortvorteile rechneten sich die Entscheidungsträger zum Teil in anderen Bundesländern, in anderen Ländern der Europäischen

Union, aber auch in Ländern Ostasiens oder der Dritten Welt aus. Auch diese Beschäftigten waren — wenn sie ihren Arbeitgebern nicht folgen wollten oder konnten — von Arbeitslosigkeit oder einer beruflichen Umorientierung betroffen. Das gilt auch für diejenigen, deren Produkt am Markt nicht mehr gefragt war oder nur zu Preisen erzeugt werden konnte, die der Markt nicht tolerierte. In diesen Fällen musste die Produktion eingestellt werden. Nicht selten hat aber auch der technische Fortschritt Erzeugnisse ersetzt, wie dies nach der Einführung des PC mit dem Tischrechner oder der Schreibmaschine geschah. Insgesamt wurde die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in den letzten fünf Jahren um 13 % auf knapp 460 000 reduziert.

Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz sinkt . . .

Trotz gesunkener Beschäftigtenzahlen und reduzierter Lohn- und Gehaltssummen stiegen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1995 und 2000 um 6,6 %. Diese gegenläufige Entwicklung hatte zur Folge, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz im Zeitablauf sank. 1995 lag er noch bei 23 %, danach ist er fast kontinuierlich zurückgegangen auf 20 % im Jahr 2000.

Unter den großen Branchen des Landes verlief die Entwicklung sehr verschieden. In der *Chemischen Industrie* wurden im Jahr 2000 insgesamt 5,6 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Das waren 1,5 % weniger als im Vorjahr und nach jährlichen Abnahmen 15 % weniger als 1995. 1997 waren die Löhne und Gehälter in der Chemischen Industrie mit – 10 % am stärksten zurückgegangen. Parallel zur Entwicklung der Löhne und Gehälter verlief die der Beschäftig-



*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

2) Nicht enthalten sind außerdem die allgemeinen sozialen Aufwendungen (z. B. Kosten für Kantinen, Werkkindergärten usw.) und Vergütungen, die als Spensatz anzusehen sind.

Gesamtumsatz sowie Löhne und Gehälter im Verarbeitenden Gewerbe ¹⁾
in Hessen 1995 bis 2000

Wirtschaftszweig	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Zu- bzw. Abnahme (-) in %					
							gegenüber dem jeweiligen Vorjahr					2000 gegenüber 1995
							1996	1997	1998	1999	2000	
Mill. DM												
Gesamtumsatz												
Verarbeitendes Gewerbe	151 180	151 615	152 817	154 059	153 330	161 109	0,3	0,8	0,8	- 0,5	5,1	6,6
darunter												
Ernährungsgewerbe	15 325	15 149	14 624	13 897	14 435	14 674	- 1,1	- 3,5	- 5,0	3,9	1,7	- 4,3
Chemische Industrie	31 769	30 765	31 891	31 790	33 336	35 161	- 3,2	3,7	- 0,3	4,9	5,5	10,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	10 453	10 375	11 032	10 625	10 898	10 954	- 0,7	6,3	- 3,7	2,6	0,5	4,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	10 220	9 829	10 049	10 448	10 006	10 409	- 3,8	2,2	4,0	- 4,2	4,0	1,9
Maschinenbau	16 418	16 039	16 060	17 239	15 981	17 425	- 2,3	0,1	7,3	- 7,3	9,0	6,1
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, verteilung u. ä.	7 237	7 143	6 488	6 754	6 906	7 774	- 1,3	- 9,2	4,1	2,3	12,6	7,4
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	6 998	7 069	7 331	6 926	6 430	7 385	1,0	3,7	- 5,5	- 7,2	14,8	5,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	19 895	23 485	24 334	23 896	22 465	20 915	18,0	3,6	- 1,8	- 6,0	- 6,9	5,1
Löhne und Gehälter												
Verarbeitendes Gewerbe	34 717	34 259	32 385	32 538	32 537	32 868	- 1,3	- 5,5	0,5	- 0,0	1,0	- 5,3
darunter												
Ernährungsgewerbe	1 905	1 891	1 904	1 873	1 911	1 985	- 0,7	0,7	- 1,7	2,1	3,9	4,2
Chemische Industrie	6 626	6 497	5 836	5 778	5 694	5 610	- 1,9	- 10,2	- 1,0	- 1,5	- 1,5	- 15,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	2 068	2 087	2 089	2 117	2 153	2 206	0,9	0,1	1,3	1,7	2,5	6,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	2 527	2 471	2 385	2 422	2 423	2 445	- 2,2	- 3,5	1,5	0,1	0,9	- 3,2
Maschinenbau	4 736	4 598	4 593	4 689	4 640	4 680	- 2,9	- 0,1	2,1	- 1,0	0,9	- 1,2
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, verteilung u. ä.	1 918	1 919	1 780	1 780	1 808	1 929	0,0	- 7,2	0,0	1,6	6,7	0,6
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2 256	2 277	2 112	1 956	1 898	1 926	0,9	- 7,2	- 7,4	- 2,9	1,4	- 14,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5 349	4 581	4 515	4 712	4 830	4 856	- 14,4	- 1,4	4,4	2,5	0,5	- 9,2

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

tenzahl, die im Jahr 2000 um 22 % niedriger war als vor fünf Jahren. 1997 wurde die Beschäftigtenzahl — vor allem als Folge der Umstrukturierung hessischer Großbetriebe — um 9,5 % reduziert. Der Umsatz stieg dagegen von 1995 bis 2000 um 11 %. Dadurch sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz von 21 % im Jahr 1995 auf 16 % fünf Jahre später, wobei diese Entwicklung im Beobachtungszeitraum nahezu stetig verlief. Dadurch erreichte die Chemische Industrie den zweitniedrigsten Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz unter den größeren Branchen des Landes.

An die Beschäftigten im Kraftwagensektor (*Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen*) wurde im Jahr 2000 mit 4,9 Mrd. DM die zweithöchste Summe an Löhnen und Gehältern gezahlt. Sie hatte im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr zwar um 0,5 % zugenommen, war allerdings um 9,2 % niedriger als 1995. Damit war die Lohn- und Gehaltsentwicklung, die im Berichtszeitraum durch eine Verminderung der Beschäftigtenzahl um 5,1 % bestimmt wurde, erheblich ungünstiger als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Da der Gesamtumsatz im Kraftwagensektor im Jahr 2000 um 5,1 % höher lag als 1995, ergibt sich hieraus eine Reduzierung des Anteils der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz um 4 Prozentpunkte auf 23 %. Dieser Anteil

lag deutlich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

Im *Maschinenbau* wurden im Jahr 2000 insgesamt 4,7 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern gezahlt. Das waren 0,9 % mehr als im Vorjahr, jedoch 1,2 % weniger als 1995. Damit lag der Rückgang der gezahlten Löhne und Gehälter zwischen 1995 und 2000 erheblich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau wurde jedoch zwischen 1995 und 2000 um 10 % vermindert. Da die Umsätze in der gleichen Zeit um 6,1 % stiegen, ergab sich auch dort eine Verminderung des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz; der Rückgang von 29 % im Jahr 1995 auf 27 % fünf Jahre später war jedoch geringer als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (drei Prozentpunkte). Damit hatte der Maschinenbau aber immer noch den höchsten Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz unter den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes.

Die Betriebe der *Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik* zahlten im Jahr 2000 insgesamt 1,9 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern. Das war zwar mit einem Plus von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr eine stärkere Steigerung

als im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (+ 1,0 %), die Löhne und Gehälter des Jahres 2000 lagen jedoch um 15 % niedriger als 1995. In den letzten fünf Jahren hatte die Branche ihre Beschäftigtenzahl um 21 % abgebaut, die Umsätze stiegen in der gleichen Zeit jedoch um 5,5 %; allein im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15 %. Der Umsatzanstieg bei gleichzeitiger Verminderung der gezahlten Löhne und Gehälter bewirkte, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz (1995: 32 %) um 6 Prozentpunkte und damit so stark sank wie bei keiner der großen

Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Hessen 1995 bis 2000

Wirtschaftszweig	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	%					
Verarbeitendes Gewerbe	23,0	22,6	21,1	21,1	21,2	20,4
darunter						
Ernährungsgewerbe	12,4	12,5	12,9	13,5	13,2	13,5
Chemische Industrie	20,9	21,1	18,2	18,2	17,1	16,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	19,8	20,1	18,9	19,9	19,8	20,1
Herstellung von Metall-zeugnissen	24,7	25,1	23,6	23,2	24,2	23,5
Maschinenbau	28,8	28,7	28,5	27,2	29,0	26,9
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	26,5	26,9	27,4	26,4	26,2	24,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	32,2	32,2	28,7	28,2	29,5	26,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	26,9	19,5	18,5	19,7	21,5	23,2

1) In Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Branchen im Einzelnen. Er ging überdies doppelt so stark zurück wie im gesamten Verarbeitenden Gewerbe. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass der Gesamtumsatz der Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, in zunehmendem Maße auch Handelsumsätze enthält. Nicht jedes Bauteil, das Bestandteil der in Hessen hergestellten Geräte ist, wurde auch dort gebaut. Immer mehr Bauteile werden kostengünstig — etwa aus den Ländern des fernen Ostens — zugekauft, so dass die Geräte nicht nur kostengünstiger produziert werden können, sondern im Jahr 2000 mit erheblich weniger Beschäftigten erzeugt werden konnten als noch vor fünf Jahren. Der immer noch recht hohe Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz folgte unmittelbar auf den Maschinenbau, der den Spitzenplatz belegte.

Die *Hersteller von Metall-zeugnissen* zahlten im Jahr 2000 rund 2,4 Mrd. DM an Löhnen und Gehältern. Das waren zwar 0,9 % mehr als im Vorjahr, gegenüber 1995 sind die Löhne und Gehälter dagegen um 3,2 % gesunken. Noch er-

heblich stärker war der Rückgang der Beschäftigtenzahl. Sie hat im Berichtszeitraum jedes Jahr abgenommen und lag im Jahr 2000 um 9,1 % niedriger als vor fünf Jahren. Da der Gesamtumsatz im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 um 1,9 % gestiegen ist, verringerte sich der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz um einen Prozentpunkt auf 24 %. Er lag damit noch immer über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

... außer bei Gummi- und Kunststoffwarenherstellung und im Ernährungsgewerbe

Beschäftigtenreduzierungen hat es zwischen 1995 und 2000 in fast allen größeren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen gegeben. Dennoch sind die Löhne und Gehälter nicht überall gesunken. Bei der *Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren* wurden im Jahr 2000 mit 2,2 Mrd. DM nicht nur 2,5 % mehr als im Vorjahr, sondern auch 6,7 % mehr als 1995 gezahlt. Zwischen 1995 und 2000 sank die Zahl der Beschäftigten dagegen um 4,1 %. Da die Gesamtumsätze in der gleichen Zeit um 4,8 % gesteigert werden konnten, blieb der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz weitgehend konstant und entsprach mit 20 % dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes.

Ebenfalls gesteigert wurden die Löhne und Gehälter im *Ernährungsgewerbe*. Dort wurden im Jahr 2000 rund 2,0 Mrd. DM gezahlt. Das waren 3,9 % mehr als im Vorjahr und 4,2 % mehr als 1995. Das Ernährungsgewerbe hat als einzige größere Branche 1995 mehr Beschäftigte ausgewiesen als 2000 (+ 3,1 %), doch die Umsätze lagen dort zuletzt um 4,3 % niedriger als 1995. Die rückläufigen Umsätze bewirkten bei gleichzeitiger Steigerung der gezahlten Löhne und Gehälter eine Zunahme des Anteils der Löhne und Gehälter am Umsatz um zwei Prozentpunkte auf 14 %. Dieser Anteil war unter den größeren Branchen des Verarbeitenden Gewerbes jedoch der niedrigste.

Dagegen sind bei der *Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.* die Löhne und Gehälter mit 1,9 Mrd. DM im Jahr 2000 im Vergleich zu 1995 gleich geblieben, obwohl sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 6,7 % errechnet und diese Zunahme die dritte in Folge war. Recht kräftig war in der Branche zuletzt auch die Zunahme der Gesamtumsätze. Sie lagen im Jahr 2000 um 13 % über dem Vorjahr und waren 7,4 % höher als 1995. Gleich bleibende Löhne und Gehälter bei steigenden Gesamtumsätzen hatten auch hier einen verminderten Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz zur Folge. Er lag im Jahr 2000 mit 25 % um zwei Prozentpunkte niedriger als 1995.

Erziehungsberatung in Hessen 2000

Im Jahr 2000 wurden in den hessischen Erziehungsberatungsstellen fast 18 800 Beratungen durchgeführt, zwei Drittel mehr als 1991. Bei Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren war der Beratungsbedarf bei den Personen männlichen Geschlechts deutlich höher als bei den Mädchen der gleichen Altersgruppe. Am häufigsten wurden die Beratungsstellen von Kindern in den ersten Schuljahren aufgesucht. Fast jeder dritte Minderjährige mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil. Beziehungsprobleme waren bei den jungen Menschen insgesamt der wichtigste Beratungsanlass; aber zwischen den Altersgruppen und Geschlechtern bestanden jedoch erhebliche Unterschiede. Während Entwicklungsauffälligkeiten am häufigsten bei den Kindern im Kindergartenalter genannt wurden, waren Schulprobleme wichtigster Beratungsanlass bei den 9- bis unter 15-jährigen Kindern. Bei den älteren jungen Menschen dominierten Beziehungsprobleme; sie wurden bei den jungen Frauen noch häufiger als bei den jungen Männern angegeben. Trennung oder Scheidung der Eltern waren im Jahr 2000 weitaus häufiger Beratungsanlass als 1991.

Institutionelle Erziehungsberatung¹⁾ ist die häufigste Form der ambulanten erzieherischen Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Die institutionelle Beratung setzt beim einzelnen jungen Menschen an, um bei der Bewältigung individueller und familiärer Probleme zu helfen. Bei der Beratung, die in einer Einrichtung — zumeist in einer Erziehungsberatungsstelle — durchgeführt und deshalb als institutionelle Beratung bezeichnet wird, handelt es sich um Ge-

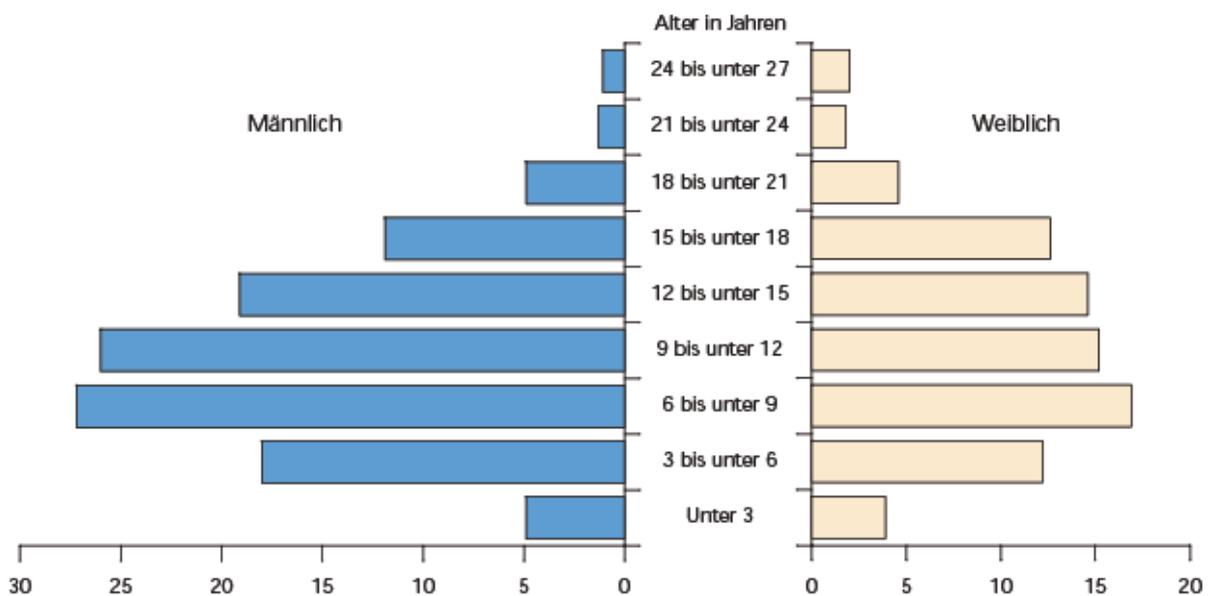
sprache und therapeutische Hilfen. Die Kontaktaufnahme erfolgt meist durch die Eltern, vor allem die Mutter des Kindes oder Jugendlichen. Mit zunehmendem Alter suchen die jungen Menschen aus eigenem Antrieb eine Beratungsstelle auf.

18 800 Beratungen im Jahr 2000 abgeschlossen

Im Jahr 2000 wurden fast 18 800 institutionelle Beratungen beendet, das waren 7400 oder knapp zwei Drittel mehr als 1991, dem ersten Jahr dieser Statistik nach dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz. Im Durchschnitt dauerten die Beratungen 7 Monate. Fast drei Viertel der Beratungen wurden einvernehmlich abgeschlossen. Bei knapp einem Zehntel erfolgte eine „Weiterverweisung“, das heißt, die begonnene Hilfe sollte durch eine andere Stelle und durch andere

1) Erfasst werden alle von Beratungsdiensten und -einrichtungen abgeschlossenen Fälle von Erziehungs-, Familien-, Jugend- und Suchtberatung als jährliche Totalerhebung. Ermittelt werden Angaben über Art des Trägers, Beginn und Ende der Beratung, zur Person der jungen Menschen (im Alter von unter 27 Jahren) sowie zu Anlass, Schwerpunkt und Formen der Beratung. Einbezogen sind allerdings nur Beratungsdienste und -einrichtungen, die mit öffentlichen Mitteln der Jugendhilfe ganz oder teilweise finanziert werden, über ein interdisziplinäres Beratungsteam verfügen und wöchentlich mindestens 20 Stunden geöffnet sind.

Junge Menschen in Hessen mit 2000 beendeter institutioneller Beratung auf 1000 Personen¹⁾ nach Geschlecht und Altersgruppen



HSL 61/01

1) Der gleichen Geschlechts- und Altersgruppe.

Institutionelle Beratung junger Menschen¹⁾
1991 bis 2000

Jahr	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1991	11 351	6 790	4 561
1992	12 897	7 406	5 491
1993	13 459	7 831	5 628
1994	14 215	8 406	5 809
1995	14 456	8 338	6 118
1996	16 094	9 357	6 737
1997	16 481	9 650	6 831
1998	16 618	9 652	6 966
1999	17 430	10 212	7 218
2000	18 764	11 069	7 695

1) Unter 27 Jahren.

Maßnahmen weitergeführt werden. Jede sechste Beratung wurde dadurch beendet, dass der junge Mensch den Kontakt zur Hilfestelle einseitig abbrach.

Junge Menschen männlichen Geschlechts nahmen deutlich stärker die Beratung in Anspruch als Mädchen und junge Frauen. So schlossen 13 % aller jungen Männer unter 27 Jahren im Jahr 2000 eine Beratung ab, während es bei den jungen Menschen weiblichen Geschlechts nur 9 % waren. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2000 nahmen die Beratungen bei beiden Geschlechtern kontinuierlich zu, wobei der Anstieg bei den Mädchen und jungen Frauen mit 69 % ein wenig stärker war als bei den Personen männlichen Geschlechts mit 63 %.

Beratungsbedarf in den ersten Schuljahren am größten

Die Dienste der Beratungsstellen wurden am häufigsten von Kindern im Alter von 6 bis unter 9 Jahren in Anspruch ge-

nommen, und zwar von 27 % aller Jungen und 17 % aller Mädchen entsprechenden Alters. Mit zunehmendem Alter wurden die Beratungen seltener. Bei den unter 15-Jährigen nahmen Jungen weitaus häufiger die Beratungsstellen in Anspruch als Mädchen. Dagegen war bei den jungen Frauen zwischen 15 und 18 Jahren der Beratungsbedarf relativ etwas höher als bei den jungen Männern in der gleichen Altersgruppe. Auf deutlich niedrigerem Niveau als bei den Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 18 Jahren war der Beratungsbedarf bei den jungen Volljährigen, wobei unter den 21- bis unter 27-jährigen Frauen die Quote der Hilfeempfänger etwas höher lag als bei den gleichaltrigen Männern.

Gegenüber 1991 hat der Beratungsbedarf vor allem in den Altersgruppen der 12- bis unter 21-Jährigen zugenommen. Die Zahl der Beratungen — bezogen auf die Personen der gleichen Altersgruppe — hat sich ungefähr verdoppelt. Demgegenüber waren die Zunahmen in den unteren Altersgruppen nur etwa halb so hoch. In der Altersgruppe der 24- bis unter 27-Jährigen — in der die institutionelle Beratung allerdings nur noch eine geringe Rolle spielt — ging der Beratungsbedarf — auch nach Ausschaltung des deutlichen Rückgangs der Personen in dieser Altersgruppe — leicht zurück.

Deutsche nahmen die Leistungen der Beratungsstellen — bezogen auf 1000 Personen gleicher Staatsangehörigkeit — um rund die Hälfte häufiger in Anspruch als Ausländer. Dies könnte unter anderem damit zu erklären sein, dass ausländische junge Menschen über die bestehenden Angebote nicht so gut informiert sind wie Deutsche; ebenso könnten Sprachschwierigkeiten eine Rolle spielen.

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 1991 und 2000 nach persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	1991			2000						Zu- bzw. Abnahme (-) in %		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
				Anzahl	auf 10 000 ²⁾	Anzahl	auf 10 000 ²⁾	Anzahl	auf 10 000 ²⁾			
Insgesamt	11 351	6 790	4 561	18 764	109,4	11 069	126,8	7 695	91,4	65,3	63,0	68,7
Nach Altersgruppen												
Unter 3 Jahre	542	328	214	802	43,9	460	49,0	342	38,5	48,0	40,2	59,8
3 bis unter 6 Jahre	1 897	1 163	734	2 781	151,9	1 693	180,4	1 088	121,8	46,6	45,6	48,2
6 bis unter 9 Jahre	2 822	1 844	978	4 196	221,2	2 633	271,7	1 563	169,1	48,7	42,8	59,8
9 bis unter 12 Jahre	2 305	1 579	726	4 096	207,5	2 630	259,8	1 466	152,4	77,7	66,6	101,9
12 bis unter 15 Jahre	1 425	841	584	3 128	168,9	1 819	190,9	1 309	145,7	119,5	116,3	124,1
15 bis unter 18 Jahre	1 072	498	574	2 241	122,2	1 121	118,9	1 120	125,7	109,0	125,1	95,1
Unter 18 Jahre zusammen	10 063	6 253	3 810	17 244	153,7	10 356	180,0	6 888	126,1	71,4	65,6	80,8
18 bis unter 21 Jahre	488	231	257	902	47,2	473	48,8	429	45,5	84,8	104,8	66,9
21 bis unter 24 Jahre	302	123	179	301	15,4	125	12,9	176	18,0	- 1,3	1,6	- 1,7
24 bis unter 27 Jahre	498	183	315	317	15,3	115	11,1	202	19,6	- 36,3	- 37,2	- 35,9
18 bis unter 27 Jahre zusammen	1 288	537	751	1 520	25,6	713	24,0	807	27,3	18,0	32,8	7,5
Nach Staatsangehörigkeit												
Deutsch	10 080	6 022	4 058	16 144	113,4	9 507	131,1	6 637	95,0	60,2	57,9	63,6
Nichtdeutsch	1 213	735	478	2 252	77,3	1 383	93,3	869	60,6	85,7	88,2	81,8
Unbekannt	58	33	25	368	.	179	.	189

1) Abgeschlossene Beratungen. 2) Auf 10 000 Personen gleichen Alters und Geschlechts bzw. gleicher Staatsangehörigkeit.

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 2000 nach Art des Aufenthalts sowie persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	Insgesamt	davon Aufenthalt . . .						
		bei den Eltern	bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner	beim allein erziehenden Elternteil	bei Großeltern, Verwandten, in einer Pflegefamilie	im Heim	in einer Wohngemeinschaft, eigenen Wohnung	ohne feste Unterkunft, an unbekanntem Ort
		%						
Insgesamt	18 764	50,4	12,8	31,2	2,0	0,8	2,6	0,4
Nach Altersgruppen								
Unter 6 Jahre	3 58	56,3	6,3	35,8	1,5	0,1	0,0	0,1
6 bis unter 12 Jahre	8 292	51,5	14,0	32,2	1,9	0,2	0,0	0,1
12 bis unter 18 Jahre	5 369	48,0	16,7	29,7	2,5	2,0	0,7	0,4
Unter 18 Jahre z u s a m m e n	17 244	51,4	13,2	32,2	2,0	0,7	0,2	0,2
18 bis unter 27 Jahre	1 520	38,6	7,5	19,6	1,5	1,2	28,9	2,7
Nach Staatsangehörigkeit								
Deutsch	16 144	50,0	13,4	31,6	2,0	0,6	2,1	0,2
Nichtdeutsch	2 252	55,8	8,4	26,8	1,9	1,2	5,4	0,4
Unbekannt	368	32,3	9,8	39,9	2,7	3,8	3,3	8,2
Nach Geschwisterzahl								
Ohne Geschwister	4 926	38,8	13,1	43,1	2,1	0,4	2,3	0,2
1 Geschwister	8 427	56,3	11,8	28,7	1,3	0,5	1,4	0,1
2 Geschwister	3 096	55,3	14,1	25,4	2,1	0,8	2,2	0,2
3 oder mehr Geschwister	1 354	49,3	16,4	23,7	3,2	2,0	5,0	0,4
Geschwisterzahl unbekannt	961	43,7	10,6	21,0	4,4	3,3	11,9	5,1
Nach Geschlecht								
Männlich	11 069	53,1	12,7	30,4	1,6	0,6	1,2	0,3
Weiblich	7 695	46,4	12,9	32,2	2,4	1,0	4,5	0,6

1) Abgeschlossene Beratungen.

Ein Drittel der Minderjährigen mit Beratungsbedarf lebte bei einem allein erziehenden Elternteil

Gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, deren Erziehungsberatung 2000 endete, lebte zu Beginn der Beratung bei den Eltern, also in einer vollständigen Familie. Fast ein Drittel der Minderjährigen hielt sich bei einem allein erziehenden Elternteil auf, und gut jeder achte wohnte bei einem Elternteil mit Stiefelternteil oder Partner. Die restlichen 3 % lebten außerhalb des Elternhauses, vor allem bei Großeltern oder sonstigen Verwandten, bei Pflegeeltern oder in Heimen.

Ganz anders waren die Wohnverhältnisse bei den jungen Volljährigen im Alter von 18 bis unter 27 Jahren. Nur knapp zwei Fünftel wohnten noch bei den Eltern, während fast drei Zehntel in einer eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft lebten. Bei den jungen Frauen war der zuletzt genannte Anteil mit zwei Fünfteln mehr als doppelt so hoch wie bei den jungen Männern (17 %).

Rund sieben Zehntel der jungen Menschen hatten noch Geschwister, wobei es sich zumeist nur um eine Schwester oder einen Bruder handelte. Zwei oder mehr Geschwister wurden bei etwa jedem vierten jungen Menschen registriert. 43 % der Einzelkinder mit Beratungsbedarf lebten bei einem allein erziehenden Originalwort: alleinerziehenden, Elternteil und nur 39 % bei den Eltern. Demgegenüber wohnte gut die Hälfte der jungen Menschen, die noch Geschwister hatten,

bei den Eltern und nur ein Viertel bei einer allein erziehenden Mutter oder einem allein erziehenden Vater.

Beziehungsprobleme häufigster Beratungsanlass

Die Darstellung der Beratungsanlässe soll die Störungs- oder Krisensymptome beschreiben, die zur Kontaktaufnahme mit einer Beratungsstelle geführt hatten. Da angesichts komplexer Lebenssituationen die Angabe nur eines „Anlasses“ die Problemlage unzureichend wiedergibt, können die Beratungsstellen bis zu zwei „Anlässe“ angeben, was im Jahr 2000 bei fast jedem zweiten Beratungsfall auch erfolgte.

Bei gut einem Drittel der jungen Menschen führten Beziehungsprobleme zum Weg in die Beratungsstellen. Beziehungsprobleme können im Erziehungsgeschehen zwischen Eltern und Kind, im Verhältnis der Eltern zueinander und im zwischenmenschlichen Kontakt zu den Geschwistern, aber auch zu Schulkameraden, Lehrern oder Nachbarn auftreten. An zweiter Stelle folgten Schul- oder Ausbildungsprobleme, die bei drei Zehnteln — allein oder mit einem weiteren Anlass — zum Aufsuchen einer Beratungsstelle führten. Bei gut einem Viertel der Beratungsfälle waren Entwicklungsauffälligkeiten ursächlich. Auf dem vierten Platz lagen Trennung oder Scheidung der Eltern mit einem Viertel, gefolgt von sonstigen Problemen in und mit der Familie, die bei jedem fünften jungen Menschen ein Anlass zur Beratung waren. Bei 3 %

Institutionelle Beratung¹⁾ junger Menschen 2000 nach dem Anlass der Beratung sowie persönlichen Merkmalen

Art der Angabe	Insgesamt ²⁾	Beratung ³⁾ veranlasst durch . . .									
		Entwicklungs- auffälligkeiten	Beziehungs- probleme	Schul-/ Ausbil- dungs- probleme	Straftat des Ju- gendl./ jungen Voll- jährigen	Sucht- probleme	An- zeichen für Kindes- misshand- lung	An- zeichen für sexuellen Miss- brauch	Tren- nung/ Schei- dung der Eltern	Woh- nungs- probleme	sonstige Pro- bleme in und mit der Familie
%											
Insgesamt	18 764	25,6	35,7	30,0	2,3	1,8	0,7	3,1	24,9	0,6	19,2
Nach Altersgruppen											
Unter 3 Jahre	802	28,3	31,0	–	–	–	1,9	1,4	39,8	0,6	26,8
3 bis unter 6 Jahre	2 781	41,2	33,5	–	–	–	1,0	2,9	33,6	0,5	19,5
6 bis unter 9 Jahre	4 196	33,4	32,1	30,4	–	0,2	0,8	2,9	29,6	0,4	16,0
9 bis unter 12 Jahre	4 096	22,9	33,6	44,9	–	0,5	0,7	1,8	24,6	0,4	16,0
12 bis unter 15 Jahre	3 128	18,6	38,7	41,3	3,2	1,4	0,6	3,8	22,5	0,5	19,4
15 bis unter 18 Jahre	2 241	15,2	42,2	37,3	8,7	5,3	–	3,1	14,5	0,7	22,2
Unter 18 Jahre zusammen	17 244	26,9	35,1	30,4	1,7	1,1	0,7	2,8	26,3	0,5	18,5
18 bis unter 21 Jahre	902	9,6	38,4	30,7	13,5	8,8	–	4,9	9,6	2,8	23,8
21 bis unter 24 Jahre	301	12,3	41,5	25,2	3,0	9,0	–	13,3	9,6	2,0	25,6
24 bis unter 27 Jahre	317	12,3	52,4	10,7	1,9	11,0	–	5,0	7,3	2,5	40,4
18 bis unter 27 Jahre zusammen	1 520	10,7	41,9	25,5	9,0	9,3	–	6,6	9,1	2,6	27,6
Nach Geschwisterzahl											
Ohne Geschwister	4 926	26,2	35,6	25,1	1,1	1,1	0,6	1,7	32,0	0,7	17,9
Mit Geschwister(n)	12 877	25,7	36,5	32,0	2,6	1,7	0,7	2,8	23,0	0,6	19,7
Geschwisterzahl unbekannt	961	20,8	24,7	28,0	4,1	5,2	0,7	13,6	13,5	1,6	20,3
Nach Geschlecht und Alter											
Männlich	11 069	28,4	33,9	35,1	3,2	1,7	0,5	1,2	23,6	0,6	17,1
Unter 18 Jahre	10 356	29,6	33,9	35,3	2,2	0,9	0,6	1,1	24,7	0,4	16,6
18 bis unter 27 Jahre	713	9,8	34,1	32,7	17,3	13,3	–	2,4	7,7	2,4	23,6
Weiblich	7 695	21,6	38,2	22,7	1,1	1,9	0,9	5,7	26,7	0,7	22,4
Unter 18 Jahre	6 888	22,8	36,9	23,1	1,0	1,4	1,0	5,2	28,6	0,5	21,4
18 bis unter 27 Jahre	807	11,5	48,8	19,1	1,7	5,7	–	10,3	10,4	2,7	31,2

1) Abgeschlossene Beratungen. 2) Ohne Mehrfachzählungen. — 3) Für jeden jungen Menschen konnten bis zu zwei Anlässe des Beratungsvorgangs angegeben werden.

der Beratungsfälle lagen Anzeichen für sexuellen Missbrauch vor, bei jeweils 2 % eine Straftat des Jugendlichen oder jungen Volljährigen bzw. Suchtprobleme. Anzeichen für Kindesmisshandlung sowie Wohnungsprobleme (unzureichende Wohnverhältnisse, Nichtsesshaftigkeit, Obdachlosigkeit) wurden bei jeweils knapp 1 % der Beratungen angegeben.

Altersgruppenspezifische Beratungsanlässe bei Kindern und Jugendlichen

Zwischen den Altersgruppen bestanden große Unterschiede bei der Struktur der Beratungsanlässe. Bei den Kindern unter 3 Jahren gab es vier wichtige Beratungsanlässe, wobei Trennung oder Scheidung der Eltern mit zwei Fünfteln am häufigsten genannt wurden, gefolgt von den Beziehungsproblemen, den Entwicklungsauffälligkeiten sowie den sonstigen Problemen in und mit der Familie.

Dagegen waren Entwicklungsauffälligkeiten der häufigste Beratungsanlass bei den 3- bis unter 6-jährigen Kindern; sie

wurden bei gut zwei Fünfteln aller Beratungsfälle angegeben. Von großer Bedeutung waren noch Trennung oder Scheidung der Eltern und Beziehungsprobleme mit jeweils einem Drittel und sonstige Probleme in und mit der Familie mit einem Fünftel.

Bei Kindern im Alter von 6 bis unter 9 Jahren — diese Altersgruppe nahm am häufigsten eine Beratung in Anspruch — waren bei einem Drittel ebenfalls Entwicklungsauffälligkeiten Ursache für eine Beratung, dicht gefolgt von Beziehungsproblemen. Bei jeweils drei Zehnteln dieser Kinder führten schulische Probleme bzw. Trennung oder Scheidung der Eltern zum Aufsuchen einer Beratungsstelle.

Die größte Bedeutung hatten Schulprobleme bei den 9 bis unter 12-jährigen Kindern; für 45 % waren sie Beratungsanlass. Auf dem zweiten Platz folgten Beziehungsprobleme mit einem Drittel. Trennung oder Scheidung der Eltern (25 %) waren noch etwas häufiger als Entwicklungsauffälligkeiten.

Auch bei den 12- bis unter 15-jährigen Kindern und Jugendlichen waren schulische Probleme mit einem Anteil von gut

zwei Fünfteln wichtigster Anlass für das Aufsuchen einer Beratungsstelle. Es folgten die Beziehungsprobleme mit knapp zwei Fünfteln. Auf den nächsten Plätzen lagen Trennung oder Scheidung der Eltern und sonstige Probleme in und mit der Familie.

Noch deutlicher tritt die Veränderung der Struktur der Beratungsanlässe mit zunehmendem Alter in der Gruppe der Jugendlichen von 15 bis unter 18 Jahren zu Tage. Gut zwei Fünftel der Jugendlichen, die eine Beratungsstelle aufsuchten, hatten Beziehungsprobleme. Bei knapp zwei Fünfteln waren Schul- oder Ausbildungsprobleme der einzige oder ein weiterer Anlass. Sonstige Probleme in und mit der Familie traten immerhin bei gut jedem fünften Beratungsfall auf, während Entwicklungsauffälligkeiten nur noch auf dem vierten Platz lagen, knapp vor der Trennung oder Scheidung der Eltern. Von nicht unerheblicher Bedeutung waren in dieser Altersgruppe eine Straftat des Jugendlichen (9 %) sowie Suchtprobleme (5 %).

Beziehungsprobleme bei jungen Volljährigen

Die Verschiebung der Struktur der Beratungsanlässe setzt sich verstärkt bei den jungen Volljährigen fort. Beziehungsprobleme waren der eindeutig dominierende Beratungsanlass bei diesen Menschen, wobei bei den 24- bis unter 27-Jährigen der Anteil mit 52 % am höchsten lag. Deutlich niedriger war der Anteil der sonstigen Probleme in und mit der Familie; bei fast drei Zehnteln der jungen Volljährigen war dies der alleinige oder ein weiterer Beratungsanlass. Schul- oder Ausbildungsprobleme traten bei jedem vierten Volljährigen auf, der eine Beratungsstelle aufsuchte. Bei jedem Zehnten wurden noch Entwicklungsauffälligkeiten festgestellt. Suchtprobleme, Trennung oder Scheidung der Eltern und eine Straftat waren bei jeweils 9 % der jungen Volljährigen von Bedeutung.

Schul- oder Ausbildungsprobleme bei Jungen weitaus häufiger als bei Mädchen

Auch zwischen den Geschlechtern gab es in den jeweiligen Altersgruppen deutliche Unterschiede in der Struktur der Beratungsanlässe. Schul- oder Ausbildungsprobleme waren bei männlichen Personen mit 35 % weitaus häufiger anzu-

treffen als bei weiblichen (23 %). Demgegenüber hatten Beziehungsprobleme bei den Mädchen und jungen Frauen mit 38 % eine etwas größere Bedeutung als beim männlichen Geschlecht (34 %). Bei den volljährigen Frauen wurden Beziehungsprobleme bei fast jedem zweiten Beratungsfall genannt. Entwicklungsauffälligkeiten wurden bei den männlichen Personen bei fast drei Zehnteln angegeben, während es bei den Mädchen und jungen Frauen nur gut zwei Zehntel waren. Trennung oder Scheidung der Eltern waren bei letzteren häufigerer Beratungsanlass als beim männlichen Geschlecht. So wurde dieser Anlass bei fast drei Zehnteln der Mädchen, aber nur bei einem Viertel der Jungen festgestellt. Die sonstigen Probleme in und mit der Familie waren bei Mädchen und jungen Frauen mit 22 % deutlich ausgeprägter als bei den Knaben und jungen Männern mit 17 %

Unter den jungen Volljährigen gab es einige Besonderheiten nach Geschlechtern. Bei jedem sechsten jungen Mann war eine Straftat Anlass für den Weg in die Beratungsstelle; bei jedem achten waren es Suchtprobleme. Andererseits waren bei jeder zehnten jungen Frau Anzeichen für sexuellen Missbrauch Grund für eine Beratung.

Das Vorhandensein von Geschwistern hatte zum Teil auch Auswirkungen auf die Struktur der Beratungsanlässe. Trennung oder Scheidung der Eltern war Beratungsanlass für fast jeden dritten jungen Menschen ohne Geschwister, aber nur für knapp jeden vierten mit Geschwistern. Umgekehrt waren Schul- oder Ausbildungsprobleme bei jungen Menschen mit Geschwistern mit fast einem Drittel häufiger als bei den jungen Menschen ohne Geschwister (25 %).

Beratungsanlass Trennung oder Scheidung der Eltern weitaus häufiger als vor neun Jahren

Gegenüber 1991 sanken die Anteile der Anlässe Entwicklungsauffälligkeiten um 8 und Beziehungsprobleme um 6 Prozentpunkte. Demgegenüber hat die Bedeutung einer Trennung bzw. Scheidung der Eltern als Anlass für das Aufsuchen einer Erziehungsberatungsstelle kräftig zugenommen, und zwar um 10 Prozentpunkte. Leicht gestiegen sind auch die Anlässe Schul- oder Ausbildungsprobleme sowie Straftat eines Jugendlichen oder jungen Volljährigen (jeweils + 1 Prozentpunkt). □

Daten zur Wirtschaftslage

Die Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) meldeten für das dritte Quartal 2001 sinkende Auftragseingänge. Preisbereinigt nahmen diese im Vergleich zum dritten Quartal 2000 um 5,4 % ab (Inland: – 6,8 %; Ausland: – 3,4 %). Dagegen legten die von den Betrieben erwirtschafteten Umsätze leicht um 1,6 % auf 40,5 Mrd. DM zu. Diese Entwicklung wurde sowohl von den Auslandsumsätzen (+ 2,1 %) als auch von den Inlandsumsätzen (+ 1,4 %) getragen. Im dritten Quartal 2001 setzte sich der Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe ungebremst fort. Die Auftragseingänge (+ 0,2 %) und die Umsätze des hessischen Bauhauptgewerbes (+ 0,9 %) stagnierten im dritten Quartal 2001 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit. Der Personalabbau im Bauhauptgewerbe hielt auch im dritten Quartal unverändert an. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen verringerte sich im Beobachtungszeitraum um 81 000 m² oder 5,3 % auf 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten nahmen leicht um 2,2 % auf 2,6 Mrd. DM zu. Dieses leichte Plus wurde vor allem durch ein um 5,4 % höheres finanzielles Genehmigungsvolumen der Privathaushalte verursacht. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel stiegen im dritten Quartal 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um weniger als 1 %. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies jedoch ein Rückgang von knapp 1 %. Obwohl sich die konjunkturelle Lage im Laufe des Jahres 2001 zunehmend eingetrübt hat und ein nachlassendes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist, sind die Daten des Arbeitsmarktes nach wie vor erfreulich: Im Durchschnitt des dritten Quartals 2001 lag die Arbeitslosenzahl mit 197 000 um rund 12 000 oder 6 % niedriger als vor Jahresfrist. Dagegen ist die Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen differenzierter zu beurteilen. Zwar nahmen die Unternehmensinsolvenzen von Januar bis September 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur leicht zu, jedoch nahmen die diesen Insolvenzbeantragungen zu Grunde liegenden finanziellen Forderungen im genannten Beobachtungszeitraum deutlich um 1,9 Mrd. DM oder 146 % auf 3,2 Mrd. DM zu. Zu diesem enormen Anstieg hat insbesondere eine kräftig wachsende Zahl von Großkonkursen geführt. Die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise dämpft seit Juli 2001 den im Jahresvergleich gemessenen Anstieg der Verbraucherpreise. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen lag im dritten Quartal 2001 im Durchschnitt nur noch um 2,2 % höher als vor Jahresfrist (zweites Quartal: + 2,7 %; erstes Quartal: + 2,1 %).

Weiter rückläufige Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe

Die *realen Auftragseingänge* zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe lagen im dritten Quartal 2001 um 5,4 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Sowohl die Aufträge aus dem Ausland (– 3,4 %) als auch die aus dem Inland (– 6,8 %) gingen zurück. Damit hat sich die erstmals im zweiten Quartal dieses Jahres zu beobachtende rückläufige Gesamtentwicklung (– 3,3 %; Inland: – 4,3 %; Ausland: – 1,8 %) weiter verschlechtert. Im ersten Quartal konnte noch eine Jahreszuwachsrate von 5,8 % registriert werden, die sich aus einem Zuwachs der Inlandsnachfrage um 5,3 % und sogar 6,4 % mehr Auslandsaufträgen zusammensetzte.

Unter den großen Branchen Hessens konnte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit die Chemische Industrie im dritten Quartal noch einen Zuwachs an Auftragseingängen um 2,6 % verbuchen. 3,3 % betrug die Zunahme der Auftragseingänge aus dem Inland und 2,0 % die von ausländischen Kunden. Damit blieb die Entwicklung ungefähr auf dem Niveau des zweiten Quartals (+ 2,5 %), in dem sich der Nachfragezuwachs allerdings aus einem Plus an Auftrags-eingängen aus dem Ausland in Höhe von 5,0 % und einem Minus inländischer Bestellungen von 0,8 % zusammensetz-

te. Aber auch im ersten Quartal hatten die Bestellungen in der Chemischen Industrie im Jahresvergleich höher gelegen. Die Jahresveränderungsrate insgesamt betrug + 3,1 %, wobei einem Inlandsplus von 11 % ein Auslandsminus von 1,5 % gegenüberstand.

Einen starken Einbruch musste dagegen der Maschinenbau im dritten Quartal hinnehmen. Dort lagen die Auftragseingänge um 18 % niedriger als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Die starke Verminderung der Bestellungen ausländischer Kunden (– 29 %) wurde im dritten Quartal von 7,0 % weniger Aufträgen aus dem Inland begleitet. Damit verstärkte sich die negative Entwicklung des zweiten Quartals (– 11 %). Auch im zweiten Quartal übertraf der Rückgang der Bestellungen aus dem Ausland (– 14 %) die verminderten Inlandsaufträge (– 7,2 %). Im ersten Quartal wurde die rückläufige Inlandsbestellbarkeit (– 6,3 %) noch durch im Jahresvergleich erheblich gestiegene Aufträge ausländischer Kunden (+ 13 %) ausgeglichen, sodass insgesamt noch ein leichtes Plus (+ 2,2 %) registriert werden konnte.

Erfreulich dagegen entwickelte sich im dritten Quartal die Nachfrage im Kraftfahrzeugsektor. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten 3,3 % mehr Aufträge verbuchen als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dieses günstige Ergebnis ergab sich vor allem Dank einer kräftig ge-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags- einkgangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- einkgangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁵⁾ 1995 = 100	Preis- index für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeitslose ⁸⁾	Arbeitslosen- quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	103,0	107,0	214 675	8,1	37 527	5 156
2000 August	105,4	102,7	110,5	462 039	74,6	35 922	100,9	107,3	206 753	7,7	38 512	4 486
September	112,9	101,3	134,4	461 887	110,6	35 878	100,4	107,8	201 102	7,5	38 139	4 924
3. Vj. D	106,2	99,3	119,1	461 355	95,9	35 869	99,2	107,5
Oktober	108,2	96,5	129,8	461 162	85,5	36 072	102,6	107,5	196 354	7,3	35 763	4 783
November	110,0	99,9	128,7	461 091	76,0	35 726	110,0	107,7	195 173	7,3	34 950	4 518
Dezember	99,5	90,2	116,7	459 084	76,3	34 930	116,5	107,6	200 261	7,5	35 012	4 523
4. Vj. D	105,9	95,5	125,1	460 446	79,3	35 576	109,7	107,6
2001 Januar	105,1	94,6	124,5	457 265	64,6	33 622	96,3	108,1	211 728	7,9	37 651	6 118
Februar	107,1	92,0	134,8	456 130	62,5	33 250	91,2	108,8	210 709	7,9	41 524	8 431
März	118,5	111,5	131,2	456 909	80,5	33 197	110,1	108,9	204 313	7,6	43 155	8 160
1. Vj. D	110,2	99,4	130,2	456 768	69,2	33 356	99,2	108,6
April	96,2	89,5	108,7	456 287	76,1	33 423	102,1	109,2	200 712	7,5	42 863	7 050
Mai	103,6	94,6	120,2	456 171	104,1	33 145	109,3	109,6	194 170	7,1	41 363	6 463
Juni	103,2	91,0	125,7	457 651	100,7	33 217	99,7	109,8	198 138	7,2	39 438	5 528
2. Vj. D	101,0	91,7	118,2	456 703	93,6	33 262	103,7	109,5
Juli	102,6	91,9	122,3	457 982	69,7	33 277	99,0	109,9	199 169	7,3	37 571	4 797
August	99,8	94,4	109,6	458 762	109,0	33 794	101,5	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	99,0	91,1	113,4	458 471	109,4	33 624	99,1	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	100,5	92,5	115,1	458 405	96,0	33 565	99,8	109,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1998 D	3,0	7,1	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	0,2	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2000 August	13,3	11,8	16,4	- 1,0	- 20,8	- 6,5	6,4	1,7	- 10,9	.	21,5	27,7
September	6,2	- 0,5	17,2	- 0,9	16,6	- 6,6	2,0	2,4	- 11,7	.	19,1	18,6
3. Vj.	8,1	4,6	14,1	- 1,1	1,4	- 6,6	1,1	2,0
Oktober	7,1	2,1	14,8	- 0,3	- 14,4	- 7,4	- 2,6	2,1	- 12,9	.	17,9	- 1,5
November	1,7	1,2	2,3	- 0,2	27,8	- 7,3	- 0,9	2,1	- 13,3	.	20,8	- 26,1
Dezember	5,4	3,0	9,2	- 0,2	- 15,7	- 7,6	- 6,0	1,8	- 12,8	.	15,3	3,9
4. Vj.	4,6	2,0	8,5	- 0,2	- 4,8	- 7,4	- 3,3	2,0
2001 Januar	12,9	14,4	11,1	- 0,1	25,6	- 7,3	6,1	1,9	- 11,4	.	16,6	7,1
Februar	5,4	0,3	12,4	- 0,3	1,7	- 7,2	- 5,3	2,3	- 10,9	.	12,2	21,9
März	0,4	2,5	- 2,9	- 0,2	- 14,2	- 6,6	- 0,7	2,2	- 10,7	.	9,2	27,0
1. Vj.	5,8	5,3	6,4	- 0,2	- 10,8	- 7,0	- 0,1	2,1
April	- 0,6	- 1,3	0,6	- 0,3	16,4	- 6,6	- 1,2	2,5	- 9,5	.	4,0	3,1
Mai	- 6,6	- 8,6	- 3,4	- 0,4	- 25,9	- 7,7	- 2,8	3,0	- 8,3	.	2,3	15,3
Juni	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 0,5	19,8	- 7,1	4,1	2,7	- 7,0	.	- 1,0	36,6
2. Vj.	- 3,3	- 4,3	- 1,8	- 0,4	- 3,1	- 7,1	- 0,1	2,7
Juli	2,2	- 2,1	8,9	- 0,5	- 31,9	- 7,1	2,8	2,3	- 6,6	.	- 5,9	54,9
August	- 5,3	- 8,1	- 0,8	- 0,7	46,1	- 5,9	0,6	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 12,3	- 10,1	- 15,6	- 0,7	- 1,1	- 6,3	- 1,3	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj.	- 5,4	- 6,8	- 3,4	- 0,6	0,1	- 6,4	0,6	2,2
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
200 August	5,0	9,4	- 1,6	0,4	- 27,1	0,3	4,8	- 0,1	- 3,0	.	- 3,5	44,9
September	7,1	- 1,4	21,6	- 0,0	48,2	- 0,1	- 0,5	0,5	- 2,7	.	- 1,0	9,8
3. Vj.	1,6	3,7	- 1,1	0,6	- 0,7	0,1	- 4,4	0,8
Oktober	- 4,2	- 4,7	- 3,4	- 0,2	- 22,7	0,5	2,2	- 0,3	- 2,4	.	- 6,2	- 2,9
November	1,7	3,5	- 0,8	- 0,0	- 11,1	- 1,0	7,2	- 0,1	- 0,6	.	- 2,3	- 5,5
Dezember	- 9,5	- 9,7	- 9,3	- 0,4	0,3	- 2,2	5,9	- 0,1	2,6	.	0,2	0,1
4. Vj.	- 0,3	- 3,8	5,0	- 0,2	- 17,3	- 0,8	10,6	0,1
2001 Januar	5,6	4,9	6,7	- 0,4	- 15,3	- 3,7	- 17,3	0,5	5,7	.	7,5	35,3
Februar	1,9	- 2,7	8,3	- 0,2	- 3,3	- 1,1	- 5,3	0,6	- 0,5	.	10,3	37,8
März	10,6	21,2	- 2,7	- 0,2	28,7	- 0,2	20,7	0,1	- 3,0	.	3,9	- 3,2
1. Vj.	4,1	4,1	4,1	- 0,8	- 12,7	- 6,2	- 9,6	0,9
April	- 18,8	- 19,7	- 17,1	- 0,1	- 5,4	0,7	- 7,3	0,3	- 1,8	.	- 0,7	- 13,6
Mai	7,7	5,7	10,6	- 0,0	36,8	- 0,8	7,1	0,4	- 3,3	.	- 3,5	- 8,3
Juni	- 0,4	- 3,8	4,6	0,3	- 3,3	0,2	- 8,8	0,2	2,0	.	- 4,7	- 14,5
2. Vj.	- 8,3	- 7,7	- 9,2	- 0,0	35,3	- 0,3	4,5	0,8
Juli	- 0,6	1,0	- 2,7	0,1	- 30,8	0,2	- 0,7	0,1	0,5	.	- 4,7	- 13,2
August	- 2,7	2,7	- 10,4	1,0	56,4	1,6	2,5	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	- 0,8	- 3,5	3,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 2,4	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj.	0,9	- 2,6	- 0,5	0,4	2,6	0,9	- 3,8	0,4

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden, Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

stiegenen Auslandsnachfrage (+ 13 %), während aus dem Inland weniger bestellt wurde (- 5,6 %) als vor Jahresfrist. Umgekehrt verhielt sich die Bestelltätigkeit im zweiten Quartal. Das leicht positive Ergebnis (+ 0,7 %) war eine Folge gesteigener Inlandsbestellungen (+ 8,3 %), denen rückläufige Auslandsaufträge (- 5,9 %) gegenüberstanden. Damit verbesserte sich das noch schlechtere Ergebnis des ersten Quartals, in dem insgesamt 5,5 % weniger nachgefragt wurde als vor einem Jahr. Die Auslandskunden hatten sich noch erheblich stärker (- 15 %) zurückgehalten als im zweiten Quartal. Lediglich die Inlandsbestellungen (+ 5,1 %) hatten ein noch schlechteres Gesamtergebnis verhindern können.

Die Nachfrage nach den Produkten der Hersteller von Metall-erzeugnissen ging im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 7,0 % zurück, wobei sowohl die Inlandsbestellungen (- 7,2 %) als auch die Auslandsbestellungen (- 6,0 %) erheblich unter dem Vorjahresniveau lagen. Im zweiten Quartal hatte die Jahresveränderungsrate der Auftragsengänge noch bei - 1,4 % gelegen. Die Inlandskunden bestellten 0,4 % weniger und die Auslandsbesteller 4,2 % weniger als vor einem Jahr. Die beiden Nachfragerückgänge folgten auf eine noch recht beachtliche positive Veränderungsrate im ersten Quartal. Damals konnten noch insgesamt 5,7 % mehr Aufträge verbucht werden als im ersten Vorjahresquartal. Inländer bestellten 6,6 % mehr, und von ausländischen Kunden gingen 3,3 % mehr Bestellungen ein als vor Jahresfrist.

Leichte Umsatzsteigerung im Verarbeitenden Gewerbe . . .

Der vom Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal 2001 insgesamt erwirtschaftete *Umsatz* belief sich auf 40,5 Mrd. DM. Das waren 1,6 % mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. 37 % hiervon wurden auf ausländischen Märkten erzielt. Dieser Umsatz konnte im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,1 % gesteigert werden. Der Inlandsumsatz wuchs dagegen nur um 1,4 %. Damit war die Steigerungsrate beim Gesamtumsatz etwas geringer als im zweiten Quartal, in dem der Inlandsumsatz weniger stark und der Auslandsumsatz stärker zugenommen hatte.

Die Chemische Industrie meldete im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 8,9 Mrd. DM. Das waren 2,5 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Mit 59 % lag der Anteil des im Ausland erwirtschafteten Umsatzes am Gesamtumsatz überdurchschnittlich hoch. Dieser Umsatz ist im dritten Quartal um 3,2 % gestiegen, während im Inland nur ein Zuwachs um 1,7 % erzielt werden konnte. Die Umsatzentwicklung verbesserte sich demzufolge im dritten Quartal im Vergleich zum zweiten, in dem eine Jahresveränderungsrate von 1,1 % gemeldet wurde, die sich aus einem Zuwachs der Auslandsumsätze um 4,0 % und einem Rückgang der Inlandsumsätze um 3,0 % zusammensetzte.

Beim Maschinenbau betrug der Gesamtumsatz im dritten Quartal 4,4 Mrd. DM, von denen 44 % aus Geschäften mit ausländischen Kunden stammten. Der Gesamtumsatz des Maschinenbaus konnte im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,0 % verbessert werden, woran die Inlandsgeschäfte mit einer Jahressteigerungsrate von 2,1 % und die Geschäfte auf ausländischen Märkten mit einem Zuwachs um 1,9 % beteiligt waren. Im Vergleich zu dem Ergebnis des zweiten Quartals war dies allerdings eine erhebliche Verschlechterung. Im zweiten Quartal konnte insgesamt eine jährliche Umsatzzunahme von 9,9 % verbucht werden, die sich aus einer Steigerung der Auslandsumsätze um 12 % und 8,4 % mehr Inlandsumsatz zusammensetzte.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen meldeten im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 4,5 Mrd. DM, der zu 47 % aus dem Ausland stammte. Insgesamt musste die Branche im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit allerdings eine Umsatzeinbuße um 2,6 % hinnehmen. Sie wurde vom Auslandsgeschäft (- 6,0 %) bewirkt, während der Inlandsumsatz gehalten werden konnte (+ 0,5 %). Die negative Entwicklung im dritten Quartal muss allerdings im Vergleich zu der im zweiten gesehen werden. Im zweiten Quartal mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen Rückgang des Gesamtumsatzes um 5,4 % hinnehmen und hatten sowohl im Inland (- 4,3 %) als auch im Ausland (- 6,5 %) unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis gelegen.

Am Gesamtumsatz und der Entwicklung gemessen recht beachtlich war das Ergebnis der Hersteller von Metall-erzeugnissen. Dort wurden im dritten Quartal gut 3,0 Mrd. DM umgesetzt, wenngleich mit einem unterdurchschnittlichen Auslandsanteil von nur 21 %. Die Umsatzentwicklung war dort mit einem Zuwachs von 8,7 % im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit überdurchschnittlich. Die Inlandsumsätze konnten um 11 % verbessert werden, während der Auslandsumsatz gut auf Vorjahresniveau (+ 0,4 %) blieb. Damit konnte das gute Ergebnis des zweiten Quartals (insgesamt: + 8,2 %; Inland: + 9,7 %; Ausland: + 3,8 %) fortgesetzt werden.

. . . jedoch ungebremster Beschäftigtenabbau

Im Durchschnitt des dritten Quartals arbeiteten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 458 400 Beschäftigte. Das waren 0,6 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal hatte die jährliche Veränderungsrate noch bei - 0,4 % und im ersten bei - 0,2 % gelegen. In dieser Entwicklung dürfte sich neben der konjunkturellen Entwicklung das unveränderte Bestreben der Unternehmen widerspiegeln, durch Strukturveränderungen ihrer Betriebe auf globale Entwicklungen des Marktes zu reagieren, Synergieeffekte zu nutzen und durch Rationalisierung auf dem Weltmarkt zu bestehen. Dass der Beschäftigtenabbau im

Verarbeitenden Gewerbe zum Teil durch einen über die Ausgliederung von Betriebsteilen bewirkten Zuwachs im tertiären Sektor ausgeglichen wird, ist bereits mehrfach erwähnt worden.

In der *Chemischen Industrie* errechnet sich für den Durchschnitt des dritten Quartals ein Beschäftigtenzuwachs um 0,5 % auf 64 600 Beschäftigte. Im ersten bzw. zweiten Quartal konnte die Beschäftigtenzahl gleichfalls leicht gesteigert werden (+ 0,1 % bzw. + 0,2 %).

Im *Maschinenbau* wurden im Durchschnitt des dritten Quartals 62 800 Beschäftigte gezählt. Das waren abermals 0,5 % weniger als im Durchschnitt der gleichen Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal hatte die jährliche Beschäftigtenverminderung bei 0,6 % gelegen und im ersten Quartal sogar 0,9 % betragen.

Die *Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen* beschäftigten im Durchschnitt des dritten Quartals noch 57 400 Personen. Damit wurde der Beschäftigtenstand um weitere 4,4 % vermindert. Im ersten und zweiten Quartal hatte die Beschäftigtenreduzierung bei jeweils 3,8 % gelegen.

Die *Hersteller von Metallerzeugnissen* konnten ihren Beschäftigtenstand im dritten Quartal gut bei rund 39 600 halten (+ 0,4 %). Die Veränderungsrate fiel allerdings schlechter aus als im ersten und zweiten Quartal (+ 0,9 % bzw. + 1,2 %).

Leichte Zunahme der Auftragseingänge im Baugewerbe . . .

Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe haben im dritten Quartal 2001 — nach einem Rückgang im zweiten — im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit wieder leicht zugenommen. Vor allem Aufträge im Tiefbau (+ 7,9 %) bewirkten, dass im dritten Quartal das Vorjahresergebnis leicht überschritten (+ 0,2 %) wurde. Im Hochbau gingen dagegen im dritten Quartal weniger Aufträge ein als in der gleichen Vorjahreszeit (– 5,8 %).

Alle Bauarten des Hochbaus waren im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit von einer rückläufigen Bestelltätigkeit betroffen. Der öffentliche und Verkehrshochbau meldete 20 % weniger Auftragseingänge, um 12 % gingen die Aufträge im Wohnungsbau zurück, und der gewerbliche und industrielle Hochbau blieb um 2,0 % unter dem Vorjahresniveau. Dass das Gesamtergebnis dennoch leicht positiv blieb, ist dem Tiefbau zuzuschreiben, wo vor allem der öffentliche und Verkehrstiefbau um 17 % und der Straßenbau um 13 % mehr Aufträge verbuchen konnten als in der gleichen Vorjahreszeit. Dagegen unterschritt der gewerbliche und industrielle Tiefbau im dritten Quartal das Vorjahresergebnis um 10 %.

. . . und leicht gestiegene Umsätze . . .

Mit 2,3 Mrd. DM erwirtschaftete das hessische Bauhauptgewerbe im dritten Quartal 2001 insgesamt 0,9 % mehr Umsatz als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im zweiten Quartal war der Umsatz im Vorjahresvergleich um 1,8 % gesunken. Beachtlich über dem Vorjahresniveau lag der Umsatz im dritten Quartal im gewerblichen und industriellen Bau (+ 8,5 %). Hier war der gewerbliche und industrielle Hochbau mit einem Zuwachs um 11 % auf 863 Mill. DM der Motor der Entwicklung, und auch vom gewerblichen und industriellen Tiefbau ging mit einer Zunahme um 1,9 % auf 292 Mill. DM ein positiver Impuls aus. Nur leicht über dem Vorjahresniveau (+ 0,1 %) lag dagegen der Umsatz im dritten Quartal vor allem im öffentlichen und Verkehrsbau, wo der Straßenbau einen Zuwachs um 1,9 % auf 348 Mill. DM meldete, während der öffentliche und Verkehrshochbau mit 145 Mill. DM 6,3 % weniger Umsatz erwirtschaftete als im dritten Vorjahresquartal.

. . . jedoch unverändert rückläufige Beschäftigtenzahlen

Im Durchschnitt des dritten Quartals arbeiteten im hessischen Bauhauptgewerbe noch knapp 33 600 Beschäftigte. Das waren abermals 6,4 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Allerdings hatte die jährliche Abnahmerate im ersten Quartal mit 7,0 % und im zweiten mit 7,1 % noch geringfügig höher gelegen. Abgebaut wurden alle Beschäftigtenarten, am stärksten die gewerblichen Auszubildenden (– 9,7 %); doch auch die Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten lag um 7,6 % und die der Facharbeiter, Poliere und Meister um 7,3 % unter dem Vorjahresstand. Die Zahl der tätigen Inhaber verringerte sich im Durchschnitt des dritten Quartals um 6,7 %, kaufmännische und technische Angestellte wurden 2,5 % weniger gezählt. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wurde im Durchschnitt des dritten Quartals um 2,6 % verringert.

Abschwung im Wohnbau setzt sich fort

Im Verlauf des dritten Vierteljahres 2001 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden *Hochbauten* mit insgesamt 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche. Im Vergleich zum dritten Quartal des Jahres 2000 waren das 82 000 m² oder 5,3 % weniger. Die dafür veranschlagten Kosten nahmen im selben Zeitraum um 2,2 % zu und erreichten für den Wohn- und Nichtwohnbau insgesamt einen Betrag von 2,6 Mrd. DM. Diese leicht positive Entwicklung wurde vor allem durch ein um 5,4 % höheres finanzielles Genehmigungsvolumen der Privathaushalte verursacht, wobei hier der Schwerpunkt im Wohnbau lag. Im Gegensatz dazu hatte die Bauherrengruppe der Unternehmen, zu der Wohnungsunternehmen, Immobilienfonds sowie sonstige Unternehmen zusammengefasst werden, im dritten Quartal dieses

Jahres um insgesamt 3,9 % niedrigere Kosten veranschlagt als in den Monaten Juli bis September 2000. Hierbei gingen die geplanten Investitionssummen ausschließlich und deutlich im Wohnbau (- 21 %) zurück; im Nichtwohnbau stiegen sie um 5,3 % an.

Im *Wohnbau* setzte sich der seit 1995 fast durchgängig zu verzeichnende Abschwung weiter fort. Von den Bauämtern wurden im dritten Quartal wiederum weniger Genehmigungen gemeldet. Die Zahl der Baufreigaben für neue oder umzubauende Wohnungen reduzierte sich um 12 % und sank damit auf knapp 5200. Folglich verminderten sich auch die genehmigten Wohnflächen auf 620 000 m² (- 10 %) sowie die veranschlagten Baukosten auf 1,4 Mrd. DM (- 5,7 %). Der Quadratmeter Wohnfläche wurde damit in den ersten drei Quartalen 2001 mit durchschnittlich 2300 DM veranschlagt. In dieser Größenordnung bewegten sich die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche seit 1998. In den Jahren davor waren 100 bis 200 DM mehr je Flächeneinheit angesetzt worden. Der negative Verlauf bei den Genehmigungszahlen umfasste alle Gebäudearten und Baumaßnahmen gleichermaßen. Im Geschosswohnbau wurde das Ergebnis des Vorjahresquartals mit 270 weniger Wohnungen um 13 % unterschritten. Beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden in den Monaten Juli bis September 2001 9 bzw. 11 % weniger Wohnungen zum Bau freigegeben als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Ebenfalls niedriger war die Zahl der Bauanfragen für Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden (- 15 %).

Das Nachfragevolumen im *Nichtwohnbau* folgte der Negativentwicklung im Wohnbau nicht. Im dritten Vierteljahr 2001 wurde mit 656 000 m² (+ 0,3 %) im Prinzip genauso viel Nutzfläche zur Genehmigung angefragt wie in den drei Vergleichsmonaten des Vorjahres. Bei den einzelnen Gebäudearten hielten sich Zuwächse und Verminderungen die Waage. Ein gegenüber dem Vorjahreszeitraum beträchtlich höherer Bedarf an Fläche in neuen Nichtwohngebäuden konnte bei Handels- und Lagergebäuden (44 000 m² oder 28 % mehr) sowie bei landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (33 000 m² oder 75 % mehr) erfasst werden. In Büro- und Verwaltungsgebäuden wurden dagegen erheblich weniger neue Nutzflächen (92 000 m² oder 37 % weniger) genehmigt. Die Kosten für neue Nichtwohngebäude wurden von den Bauherren mit 1,2 Mrd. DM veranschlagt. Sie lagen damit 145 Mill. DM über denen des Vorjahresquartals, was einer Zunahme um 14 % entsprach.

Einzelhandel lediglich nominal im Plus

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler stiegen im dritten Vierteljahr 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um weniger als 1 %. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies jedoch ein Rückgang von knapp 1 %. Der Kfz-Handel und

die Tankstellen blieben auch im dritten Vierteljahr 2001 im Minus: Nominal sanken hier die Umsätze um 0,3 %, real war dies eine Abnahme von deutlich über 1 %. So kam der Einzelhandel im engeren Sinn, also ohne den Kfz-Bereich, nominal auf ein Plus von knapp 1 %. Real war dies aber immer noch ein Minus von annähernd 1 %.

Mehr in ihren Kassen hatten weiterhin die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 5 und real + 4 %). Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal - 3 und real - 4 % im Abschwung. Lediglich der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal um 2 % und real um etwas über 1 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, stiegen die Umsätze im dritten Vierteljahr 2001, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2000, nominal zwar um annähernd 5 %, real verblieb jedoch nur ein Plus von etwas über 1 %. Rückläufig waren die Umsätze beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal - 0,1 und real - 2,5 %). Auch der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, hatte weniger in den Kassen. Dort betrug der nominale Umsatzrückgang annähernd 4 %; real waren es - 3 %.

Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um 0,5 % zurück.

Trotz Konjunkturlaute: Weiterhin weniger als 200 000 Arbeitslose

Im dritten Quartal 2001 meldeten sich in Hessen 100 300 Personen arbeitslos. Das waren 5300 oder annähernd 6 % mehr als in den Monaten Juli bis September 2000. Diese spürbare Steigerung der Arbeitslosmeldungen resultierte überwiegend aus Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 7 %). Das beruht auf einer konjunkturellen Abschwächung, die seit Frühjahr Unternehmer besonders betroffener Branchen dazu veranlasst, wieder vermehrt Arbeitsverträge auslaufen zu lassen bzw. zu kündigen. Hinzu kommen die seit Herbst vorigen Jahres wieder anwachsenden Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Hier ergab sich im Berichtsquartal eine Zunahme um 2200 oder 4 %. Bei den Arbeitslosmeldungen nach Abschluss der betrieblichen Ausbildung, die je nach Beginn der (Berufs-) Schulferien schwerpunktmäßig zwischen dem zweiten und dritten Quartal alternieren, ist auch bei einem entsprechenden Vergleich über sechs Monate festzustellen, dass es bei den in den vorangegangenen beiden Jahren rückläufigen Arbeitslosmeldungen in diesem Segment durch die konjunk-

turellen Komplikationen nun wieder zu einer leichten Zunahme gekommen ist.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg gegenüber dem dritten Quartal 2000 um rund ein Viertel, so dass im Berichtszeitraum durchschnittlich 5200 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen waren. Im langjährigen Vergleich verharrte damit das Kurzarbeitsproblem aber immer noch auf einem sehr niedrigen Stand.

Den 100 300 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal 72 500 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 1100 oder nahezu 2 % mehr Stellenmeldungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Bundesgebiet waren die als offen gemeldeten Stellen dagegen schon kräftig rückläufig (- 9 %). Dank dieser etwas verbreiterten Vermittlungsbasis konnte die hessische Arbeitsverwaltung 49 800 Arbeitssuchende auf einen Dauerarbeitsplatz unterbringen. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem dritten Quartal 2000 um 2500 Personen oder 5 % übertroffen. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 104 400 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 2600 oder gut 2 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das lag daran, dass im Berichtszeitraum sehr viel weniger Personen ohne amtliche Vermittlung den Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit schafften als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der amtliche Vermittlungserfolg hat dagegen im Berichtsquartal sehr stark zugenommen. Insgesamt hat der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen trotz des deutlich nachlassenden Wirtschaftswachstums nochmals ein ansehnliches Ausmaß erreicht. Im Durchschnitt der Monate Juli bis September 2001 wurden 197 000 Arbeitslose registriert, rund 12 000 oder 6 % weniger als vor Jahresfrist. Damit hat der nun schon mehr als drei Jahre anhaltende Abbau der Arbeitslosigkeit in Hessen nochmals zu einem Quartalsergebnis von weniger als 200 000 Arbeitslosen geführt.

Nur leicht mehr, aber gewichtigere Unternehmensinsolvenzen

Von Januar bis September 2001 meldeten die hessischen Insolvenzgerichte 1461 Unternehmensinsolvenzen; lediglich 37 oder 2,6 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen ist trotz der moderaten Zunahme nicht mehr so günstig wie im bisherigen Verlauf des Jahres zu beurteilen. Zwar hatte die Zahl der Insolvenzantragungen gegen hessische Unternehmen in den ersten drei Monaten noch um gut 10 %, in den ersten sechs Monaten aber dann lediglich um 1 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zugenommen, doch sind die diesen Insolvenzen zu Grunde liegenden Forderungen deutlich gestiegen. Sie beliefen sich zum Ende des ersten Quartals noch auf 717 Mill. DM, summierten sich im ersten Halbjahr auf 2,1 Mrd. DM und von Januar bis Ende September auf nahezu 3,2 Mrd. DM. Damit lagen die Insolvenzforderungen

Ende September dieses Jahres um 1,9 Mrd. DM über denen der ersten neun Monate des Vorjahres (+ 146 %). Zu diesem enormen Anstieg des Forderungsvolumens hat insbesondere eine kräftig wachsende Zahl von Großkonkursen geführt. So gab es in diesem Jahr schon sieben Unternehmensinsolvenzen mit Forderungsanmeldungen von jeweils über 100 Mill. DM. Im Vorjahr lag das Forderungsvolumen aus dem größten Unternehmenszusammenbruch bei 45 Mill. DM. In diesem Jahr machte das bislang größte Forderungsvolumen aus der Einzelinsolvenz eines Unternehmens 490 Mill. DM aus.

Weiterhin günstig hat sich allerdings die Relation aus Insolvenzantragungen und Verfahrenseröffnungen entwickelt. Von den 1461 Unternehmensinsolvenzen der ersten drei Quartale 2001 führten 655 auch zu einer Verfahrenseröffnung. Damit hat sich die Eröffnungsquote, der Anteil der eröffneten Verfahren an allen Insolvenzantragungen eines Zeitraums, weiter von 39 % im Vorjahr auf 45 % in diesem Jahr erhöht. Am Ende der ersten drei Quartale des Jahres 1999 hatte die Eröffnungsquote erst bei 30 % gelegen.

In den eröffneten Verfahren erhoffen die Gläubiger die Befriedigung eines Forderungsvolumens in Höhe von fast 2,8 Mrd. DM, gut das Dreifache des vergleichbaren Vorjahreswertes. Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ging im Gegenzug von 870 auf 806 (- 7,4 %) zurück, die Summe der damit verbundenen Forderungsverluste war allerdings mit 480 Mill. DM sogar noch etwas höher als im Zeitraum Januar bis September 2000 (477 Mill. DM).

Nach Wirtschaftsbereichen stellt sich das Insolvenzgeschehen bei den hessischen Unternehmen im Vergleich der ersten neun Monate des Jahres 2001 mit denen des Vorjahres wie folgt dar: Besonders zahlreich waren die Insolvenzantragungen in den Bereichen „Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ mit 366 Unternehmensinsolvenzen (+ 14 %), Baugewerbe (326, - 3 %), Verarbeitendes Gewerbe (186, + 18 %), Einzelhandel (154, - 2,5 %) und Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (113, + 27 %). Zu starken Zunahmen kam es darüber hinaus im Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (92, + 11 %). Deutlich beruhigt zeigte sich das Insolvenzgeschehen dagegen in den Bereichen „Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen“ (27, - 39 %) und „Gesundheits-, Veterinär-, Sozialwesen“ (23, - 23 %).

Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise lässt Teuerung sinken

Die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise dämpft seit Juli den im Jahresvergleich gemessenen Anstieg der Verbraucherpreise. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im dritten Quartal im Durchschnitt nur noch um 2,2 % höher als ein Jahr zuvor. Im zwei-

ten Quartal hatte diese Rate noch 2,7 % betragen. Im Verlauf des Berichtszeitraums ging der Preisauftrieb weiter zurück. Nachdem die Verbraucherpreise im Juli noch um 2,3 % über denen im gleichen Monat des Vorjahres gelegen hatten, waren es im September nur noch 1,9 %. Allerdings ist dieser Rückgang der Teuerung allein auf die Entwicklung der Heizöl- und Kraftstoffpreise zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Lebenshaltung im dritten Vierteljahr im Durchschnitt um 2,5 % (nach 2,4 % im zweiten Vierteljahr) teurer als ein Jahr zuvor gewesen. Im Einzelnen war Heizöl im dritten Quartal im Durchschnitt um 7,9 % und Kraftstoffe waren um 1,6 % billiger als ein Jahr zuvor.

Andererseits lagen die Gaspreise von Juli bis September um 17,8 % und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 25,2 % höher als vor Jahresfrist. Auch die Nahrungsmittelpreise zogen weiterhin überdurchschnittlich an. Im dritten

Quartal waren sie um 5,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im zweiten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate 5,2 % betragen. Wohnungsmieten haben weiterhin den allgemeinen Preisauftrieb gedämpft. Im dritten Quartal waren sie einschl. Nebenkosten, aber ohne Heizung, um 1,0 % höher als im Vorjahr.

Innerhalb des Berichtszeitraums hat sich der Gesamtindex nur leicht verändert, wobei sich diese Veränderungen auch noch gegenseitig ausgeglichen haben. Nachdem der Preisindex von Juli auf August um 0,1 % gesunken war, ist er bis September um den gleichen Prozentsatz gestiegen.

Zu Beginn des letzten Viertels dieses Jahres gingen die Verbraucherpreise im Vormonatsvergleich stark zurück und die Jahresteuersatzrate erreichte den niedrigsten Wert seit über einem Jahr. Im Oktober war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,5 % niedriger als im September und nur noch um 1,7 % höher als ein Jahr zuvor.

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
und alles Gute im Neuen Jahr!*



- Das Angebot der *Erwachsenenbildung* in Hessen ist weiterhin gefragt. Anfang September 2001 wurden an den 28 hessischen Schulen für Erwachsene rund 2400 Männer sowie 2200 Frauen unterrichtet, um einen Schulabschluss nachzuholen oder zu verbessern. Damit wählten 160 Erwachsene mehr als im Vorjahr diesen Bildungsweg. Ein Abendgymnasium besuchten 53 %, 26 % eine Abendrealschule, 18 % ein Kolleg und drei % eine Abendhauptschule. Der Ausländeranteil an den Schulen für Erwachsene ist mit 29 % etwas niedriger als im Vorjahr. Von den 1320 ausländischen Teilnehmern dieser Bildungsgänge besuchten 60 % ein Abendgymnasium. Im Schuljahr 2000/2001 konnten insgesamt knapp 400 Absolventen ein Abendgymnasium oder Kolleg erfolgreich mit dem Abitur beenden, weitere 200 erreichten die Fachhochschulreife. Gegenüber dem Vorjahr fiel die Zahl der Abiturienten um 60, während die der Abgänger mit Fachhochschulreife um 10 anstieg. Von den Abiturienten waren wiederum 59 % Frauen.

- Im ersten Quartal 2001 nahm die *Bevölkerung* Hessens um 1200 auf gut 6 069 300 Einwohner zu. Es hatte im entsprechenden Vorjahreszeitraum einen geringfügigen Rückgang der Einwohnerzahl um 150 Personen gegeben. Der Bevölkerungsanstieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres ist auf einen Wanderungsüberschuss von 3400 Personen bei einem gleichzeitigen Geburtendefizit von 2200 Personen zurückzuführen. Von Januar bis März 2001 verließen 37 800 Menschen unser Bundesland, das waren rund 2600 mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Gleichzeitig waren knapp 41 200 Zuzüge zu verzeichnen, rund 2900 mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, sodass sich ein Wanderungsgewinn von 3400 ergab. Im Vergleich dazu gab es im ersten Quartal des vergangenen Jahres einen Wanderungsgewinn von knapp 3100 bei einem Geburtendefizit von über 3200 Personen.

- Mit Beginn des Wintersemesters 2001/02 sind an den 29 hessischen *Hochschulen* 156 000 Studierende eingeschrieben. Nach vorläufigen Ergebnissen ist die Studentenzahl die höchste innerhalb der letzten sechs Jahre und stieg gegenüber dem Vorjahr um fast 5500. Seit Jahren entscheiden sich immer mehr Frauen für ein Hochschulstudium. Im laufenden Semester sind 71 100 Studentinnen eingeschrieben, sodass der Frauenanteil der Studierenden mit 45,5 % den bisher höchsten Stand erreicht. Die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester nahm gegenüber dem letzten Wintersemester um 3400 zu. Insgesamt begannen 15 100 Frauen und 14 900 Männer ein Fachstudium, womit es erstmals mehr Frauen als Männer bei den Studienanfängern gibt. An den sechs hessischen Universitäten sind mit 110 600 Studierenden rund 3800 mehr als im Vorjahr immatrikuliert. Die Zahl

der Studierenden im ersten Fachsemester stieg gleichzeitig um 3000 auf knapp 21 000 an. Seit vier Jahren gibt es mehr Frauen als Männer im ersten Fachsemester an den Universitäten. Der Frauenanteil der Studienanfänger ist mit 55 % etwas höher als der bisherige Höchststand des Vorjahres. 40 700 Studierende besuchen die elf hessischen *Fachhochschulen*; das sind 1700 mehr als im Vorjahr. Im ersten Fachsemester sind 7900 Studierende eingeschrieben, rund 100 mehr als im letzten Wintersemester. Der Frauenanteil der Studienanfänger ist hier mit 37 % traditionell niedrig, was auf das Studienfachangebot zurückzuführen ist. An den sechs hessischen *Verwaltungsfachhochschulen* werden wie im Vorjahr 3200 Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst ausgebildet, und auch an den drei theologischen Hochschulen und den drei Kunsthochschulen sind wie schon in den beiden letzten Jahren insgesamt 1800 Studierende eingeschrieben.

- Von Januar bis August 2001 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 41 Mrd. DM im Ausland absetzen, das waren etwas über 8 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2000. Nach wie vor geht deutlich über die Hälfte der Exporte in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), darunter über drei Viertel in die Euro-Zone. Bei der *Ausfuhr* in die EU kam es zu einem Anstieg von knapp 6 %; bei der Euro-Zone fiel der Zuwachs mit knapp 5 % allerdings niedriger aus. Mit den zwölf EU-Beitrittskandidaten war Hessen besonders gut im Geschäft: Gegenüber den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres stiegen die Ausfuhren dorthin um 19 %, und ihr Anteil an den Exporten insgesamt erhöhte sich auf annähernd 8 %. In die EFTA-Staaten wurden fast 6 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es im Vergleichszeitraum zu einer Zunahme von über 13 %. Insgesamt nahmen die europäischen Staaten über zwei Drittel der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Jahres 2000 kam es hier zu einem Wachstum von 7 %. Weniger erfolgreich war die hessische Wirtschaft in den USA; dort blieb die Ausfuhr auf dem Niveau des Vorjahres. Mit einem Wert von 4 Mrd. DM haben die USA einen Anteil an der hessischen Gesamtausfuhr von annähernd 10 %. Auch die Ausfuhren nach Japan blieben mit 1,3 Mrd. DM auf dem Vorjahreswert. Damit gelangten 3 % aller hessischen Exporte nach Japan.

- In den hessischen Anlagen des Papiergewerbes wurden im Jahr 2000 rund 1,3 Millionen Tonnen *Altpapier* bei der Produktion eingesetzt. Über 90 % des Papiers stammten aus der Einsammlung und Sortierung von Abfällen bzw. vom Altpapierhandel. Ein knappes Zehntel wurde direkt von gewerblichen Abfallerzeugern, zum Beispiel aus der Druckindustrie, oder als Direktimport bezogen. Als wichtigste Papiersorten kamen vor allem Kaufhausaltpapier (501 000 t) sowie sortiertes gemischtes Altpapier (330 000 t) zum Einsatz. Seit 1996, dem Beginn der Berichterstattung, nahm die Menge des eingesetzten Altpapiers kontinuierlich zu. Sie stieg in diesem Zeitraum um 220 000 t oder 21 %.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 042,8	6 058,3	6 051,4	6 051,8	6 052,4	6 068,3	6 069,0	6 069,3	6 070,5	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 718	2 718	1 642	1 894	1 932	961	1 204	1 686	1 784	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	5,4	5,4	3,4	3,7	3,9	1,9	2,6	3,3	3,6	
* Lebendgeborene ³⁾	*	4 916	4 901	4 860	4 722	4 156	3 697	4 172	4 475	4 305	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	9,8	9,7	10,1	9,2	8,4	7,2	9,0	8,7	8,6	
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	*	5 088	5 029	5 808	4 983	4 552	4 886	4 485	5 172	4 840	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	10,1	10,0	12,1	9,7	9,2	9,5	9,6	10,0	9,7	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	*	22	21	29	14	20	20	18	15	22	
auf 1000 Lebendgeborene	*	4,5	4,4	6,0	3,0	4,8	5,4	4,3	3,4	5,1	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 172	- 127	- 948	- 261	- 396	- 1 189	- 313	- 697	- 535	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	*	- 0,4	- 0,3	- 2,0	- 0,5	- 0,8	- 2,3	- 0,7	- 1,4	- 1,1	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 164	14 134	11 980	13 357	11 678	14 937	12 155	14 065	13 915	
darunter aus dem Ausland	*	6 186	6 178	5 444	5 881	5 148	6 550	5 697	6 572	6 151	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	*	12 591	12 659	11 133	12 667	10 710	13 622	11 115	13 030	12 200	
darunter in das Ausland	*	9 114	5 572	5 353	6 060	4 437	6 450	5 404	6 087	5 362	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	*	1 574	1 474	847	690	968	1 315	1 040	1 035	1 715	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	*	19 091	18 349	16 473	18 364	15 529	19 598	14 867	17 202	17 168	
		1999	2000	2000			2001				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	239 257	214 875	206 753	201 102	196 354	199 169	195 780	194 050	195 656	
* darunter Frauen	*	105 186	96 519	95 377	92 761	90 499	90 912	89 463	88 224	88 527	
Männer	*	134 071	118 356	111 376	108 341	105 855	108 257	106 317	105 826	107 129	
Ausländer	*	51 080	45 177	42 578	42 144	41 830	41 026	41 127	41 517	42 737	
Jugendliche unter 20 Jahren	*	5 747	5 442	6 072	5 481	4 903	5 987	5 736	5 251	5 048	
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,4	8,1	7,7	7,5	7,3	7,3	7,2	7,1	7,1	
* darunter der Frauen	*	9,1	8,0	7,7	7,5	7,3	7,1	7,0	6,9	6,9	
Männer	*	9,6	8,3	7,7	7,5	7,3	7,4	7,3	7,3	7,3	
Ausländer	*	17,2	14,8	13,8	13,7	13,6	13,9	13,9	14,1	14,5	
Jugendlichen unter 20 Jahren	*	8,0	5,8	5,9	5,3	4,7	4,8	4,6	4,2	4,1	
* Offene Stellen am Monatsende ⁸⁾	Anzahl	30 650	37 527	38 512	38 139	35 763	37 571	37 727	36 289	32 366	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁹⁾	*	6 396	5 156	4 486	4 924	4 783	4 797	4 893	5 838	7 461	
		1998	1999	1998		1999		2000			
		Durchschnitt ¹⁰⁾			Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ¹¹⁾	1000	2 105,3	2 138,0	2 126,8	2 110,9	2 123,7	2 162,2	2 163,4	2 169,4	2 174,8	
* darunter Frauen	*	903,7	919,1	911,4	906,7	910,5	927,1	932,8	938,1	934,5	
Ausländer	*	226,6	220,8	229,6	226,0	216,8	221,3	220,1	220,9	223,2	
* Teilzeitbeschäftigte	*	310,0	309,3	310,9	315,1	301,4	306,2	313,3	318,7	321,6	
darunter Frauen	*	272,5	267,8	273,4	275,0	262,3	264,8	269,2	273,0	274,3	
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁶⁾ :	*										
Bergbau	*	.	8,6	9,2	8,8	8,8	8,6	8,4	8,5	8,5	
darunter Frauen	*	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	
Verarbeitendes Gewerbe	*	.	528,3	543,0	535,8	527,2	530,7	525,0	522,9	523,0	
darunter Frauen	*	.	137,6	142,6	139,9	137,1	138,3	136,7	136,3	135,9	
Energie- und Wasserversorgung	*	.	17,5	17,0	17,0	17,4	17,5	17,6	17,5	17,4	
darunter Frauen	*	.	3,1	3,0	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	
Baugewerbe	*	.	129,3	136,0	129,7	130,1	133,6	127,7	123,6	125,1	
darunter Frauen	*	.	15,6	16,0	15,8	15,6	15,7	15,6	15,4	15,2	
Handel- und Gastgewerbe	*	.	389,7	388,6	384,4	386,5	394,3	395,2	396,1	395,9	
darunter Frauen	*	.	188,8	188,0	186,1	187,2	190,7	191,7	192,2	191,6	
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	*	.	147,9	144,2	144,1	146,4	148,0	152,7	155,4	158,3	
darunter Frauen	*	.	49,1	47,8	47,8	48,3	49,0	50,8	51,8	52,6	
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	*	.	140,8	139,3	138,9	139,0	142,4	142,6	143,8	143,8	
darunter Frauen	*	.	69,1	68,7	68,4	68,2	69,8	69,9	70,5	70,4	
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	*	.	271,0	249,2	250,9	267,0	279,2	284,3	291,9	298,3	
darunter Frauen	*	.	120,7	111,1	111,5	119,0	124,1	126,3	129,7	131,5	
öffentliche Verwaltung u. ä.	*	.	128,6	130,7	130,3	128,3	128,7	128,2	127,4	125,0	
darunter Frauen	*	.	73,9	74,9	74,9	73,5	73,8	73,7	73,3	71,4	
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	*	.	362,0	356,6	358,0	358,0	363,8	368,1	368,2	364,8	
darunter Frauen	*	.	256,5	254,2	254,8	253,5	257,5	260,3	260,8	257,9	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 088	7 302	5 692	6 235	6 816	6 625	4 332	5 574	5 989
Kälber	"	341	350	310	306	312	168	96	139	160
Schweine	"	106 303	102 959	105 056	95 380	98 319	90 824	89 554	91 134	86 903
darunter hausgeschlachtet	"	9 044	7 765	3 841	2 500	4 083	3 710	2 631	2 851	4 261
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 653	11 148	11 406	10 818	11 126	10 684	9 812	10 373	9 730
darunter von										
* Rindern	"	2 207	2 032	1 772	1 941	2 078	2 040	1 317	1 696	1 764
* Kälbern	"	30	33	31	33	40	17	9	12	15
* Schweinen	"	9 099	8 686	9 201	8 464	8 593	8 022	7 973	8 057	7 549
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumer ³⁾	1000 St.	30 668	31 856	30 877	27 954	31 784	32 422	31 472	28 952	26 992
Milcherzeugung:										
* Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	84 688	87 702	83 568	79 153	94 249	93 055	89 129	83 383
darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	82 275	80 642	84 132	79 997	75 698	90 019	88 685	84 759	79 154
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,4	15,8	16,1	15,3	15,0	19,9	19,0	18,2	17,6
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	464,4	459,5	460,1	462,0	461,9	457,7	458,0	458,8	458,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	275,0	271,1	272,8	273,1	272,8	270,2	270,8	270,5	269,8
* Geleistete Arbeiterstunden	"	35 589	34 952	31 658	36 015	35 499	33 060	31 546	35 280	33 910
* Bruttolohnsomme	Mill. DM	1 285,7	1 292,4	1 271,7	1 274,3	1 239,1	1 341,4	1 298,6	1 281,9	1 232,7
* Bruttogehaltssomme	"	1 424,5	1 446,6	1 365,4	1 348,7	1 361,8	1 490,3	1 409,1	1 371,8	1 377,0
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 763,0	13 425,7	12 313,0	12 982,9	14 542,6	13 680,0	13 123,5	13 490,7	13 880,2
darunter Auslandsumsatz	"	4 278,5	5 016,1	4 564,4	4 612,5	5 378,3	5 257,0	4 909,1	4 786,4	5 165,9
Exportquote ⁵⁾	%	33,5	37,4	37,1	35,5	37,0	38,4	37,4	35,5	37,2
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
darunter	1991 = 100
Vorleistungsgüterproduzenten	"
Investitionsgüterproduzenten	"
Gebrauchsgüterproduzenten	"
Verbrauchsgüterproduzenten	"
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
darunter	1991 = 100
Chemische Industrie	"
Maschinenbau	"
Fahrzeugbau	"
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	- 6,8	6,7	5,2	13,3	6,2	- 2,4	2,2	- 5,3	- 12,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	5,6	2,7	10,2	0,7	- 3,3	- 0,2	- 0,4	- 14,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 14,3	9,2	10,6	24,4	9,3	- 6,0	7,2	- 18,1	- 22,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,8	10,5	21,7	9,2	16,5	- 6,6	- 17,9	- 6,5	- 21,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 1,2	2,9	- 3,2	- 4,0	25,6	18,4	7,3	19,9	- 14,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 2,3	6,7	1,3	7,5	20,5	10,0	5,4	11,5	- 7,6
Maschinenbau	"	- 5,9	15,8	16,9	21,3	16,4	- 14,9	- 8,3	- 18,7	- 24,9
Kraftwagen und -teile	"	- 20,0	- 9,3	- 10,4	11,6	- 3,1	- 4,2	23,6	- 4,8	- 4,3
Herstellung von Metallzeugnissen	"	- 1,4	5,5	13,8	8,4	2,6	- 0,1	- 8,1	- 12,1	6,0
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 278,0	2 128,5	2 202,3	1 940,0	1 771,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 714,2	2 895,0	2 556,1	2 720,5	2 957,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) in Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	62,1	60,7	60,2	60,5	60,4	57,5	57,5	58,4	58,2
darunter										
Facharbeiter ²⁾	*	32,6	32,0	31,4	32,0	31,9	29,7	29,9	30,4	30,3
Fachwerker und Werker	*	9,8	9,5	10,4	9,7	9,7	9,0	9,1	9,2	9,0
gewerblich Auszubildende	*	3,1	2,9	2,6	2,9	2,9	2,5	2,4	2,8	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden	*	5 923	5 756	5 619	6 595	6 212	5 500	5 603	6 334	5 666
darunter für den										
Wohnungsbau	*	2 262	2 214	2 087	2 437	2 286	2 052	2 059	2 381	2 086
gewerblichen und industriellen Bau	*	1 812	1 716	1 720	1 900	1 825	1 547	1 613	1 811	1 643
öffentlichen und Verkehrsbau	*	1 817	1 798	1 780	2 228	2 058	1 858	1 897	2 099	1 898
* Bruttolohnsomme ³⁾	Mill. DM	190,4	188,1	187,8	202,9	188,0	177,5	186,5	195,7	173,9
* Bruttogehaltssumme	*	80,9	78,2	76,3	75,2	73,7	80,4	72,8	72,6	72,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 039,2	1 001,1	1 001,2	1 056,9	1 077,7	1 096,6	1 046,1	1 089,2	1 063,8
* Index des Auftragsleistungsindex ⁴⁾	1995 = 100	86,6	85,1	102,4	74,6	110,6	100,7	69,7	109,0	109,4
darunter										
Wohnungsbau	*	66,5	53,2	47,4	63,1	58,8	62,0	46,4	51,1	52,3
gewerblicher und industrieller Bau	*	90,9	99,6	119,7	75,1	137,0	120,6	67,5	121,9	129,2
öffentlicher und Verkehrsbau	*	92,4	84,9	111,3	80,3	106,4	97,2	85,2	124,9	116,3
Ausbaugewerbe⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	25,2	24,6	.	.	24,8
* Geleistete Arbeitsstunden	*	7 316	7 148	.	.	7 309	6 787
* Brutto- und -gehaltssumme	Mill. DM	330,5	337,4	.	.	332,2	326,2
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	*	1 036,3	1 203,3	.	.	1 348	1 200,9
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	1 048	913	1 020	866	856	811	809	831	803
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	*	932	818	910	765	748	694	723	731	738
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 151	1 021	1 079	969	962	1 145	924	977	862
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	213	188	201	172	181	210	170	178	161
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	645 188	513 757	552 344	483 851	489 813	576 278	491 119	501 614	445 627
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	271	245	263	257	220	225	185	226	225
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	808	875	850	716	390	1 568	1 246	1 147	1 027
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	190	186	206	163	101	264	174	214	194
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	348 572	415 718	382 461	427 323	235 234	547 885	363 193	434 235	392 921
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 278	1 968	2 107	1 909	1 955	2 255	1 790	1 955	1 594
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	*	11 744	10 306	11 261	9 971	10 043	10 702	9 018	9 883	8 526
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	100,8	99,9	93,4	97,6	96,3	94,7	94,0	96,5	94,1
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	102,8	103,0	96,3	100,9	100,4	99,7	99,0	101,5	99,1
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	*	115,7	111,2	108,7	112,1	105,2	116,3	114,6	108,9	101,8
Kraftfahrzeuge ¹¹⁾ ; Tankstellen	*	101,7	101,4	93,3	98,8	94,5	100,4	96,3	105,4	98,1
Apotheken ¹²⁾	*	118,4	126,0	118,0	128,8	124,2	131,1	127,3	136,7	126,9
Bekleidung	*	86,4	87,2	78,6	77,2	89,9	76,8	78,6	75,6	97,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	*	95,6	88,0	83,6	78,2	87,1	79,4	80,3	76,1	78,2
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	*	97,7	107,0	111,8	110,2	107,2	109,9	114,3	108,7	105,3
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	*	90,7	87,3	86,3	86,9	87,0	85,5	85,6	86,2	87,0
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	90,8	91,3	84,3	91,1	103,3	90,9	85,5	90,6	98,5
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	*	95,2	96,8	91,4	99,0	109,8	96,6	94,4	100,1	106,5
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	*	101,8	107,0	94,3	108,7	139,3	107,7	96,3	105,5	132,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	*	90,4	89,9	86,0	91,6	90,7	92,5	88,3	94,8	90,3
Kantinen und Caterer	*	105,6	107,8	114,1	115,7	118,3	113,0	121,4	118,0	115,5
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	*	88,2	84,6	85,2	85,0	88,0	85,2	83,9	86,6	89,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polleren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Pollere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März- 1. Vj., Juni- 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteile. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt¹⁾	Mill. DM	4 212,1	4 897,6	4 616,8	4 803,3	4 739,2	5 279,4	4 921,0	4 923,4	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	104,7	117,6	129,9	123,6	107,4	143,9	87,6	157,1	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	4 107,4	4 780,0	4 486,9	4 679,8	4 631,8	5 135,5	4 833,4	4 766,3	...
davon										
* Rohstoffe	*	36,6	42,6	40,3	39,2	36,9	41,5	46,4	41,3	...
* Halbwaren	*	322,2	383,4	352,9	378,7	417,6	364,5	373,9	337,3	...
* Fertigwaren	*	3 748,5	4 354,0	4 093,8	4 261,8	4 177,3	4 729,6	4 413,1	4 387,7	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	745,9	922,3	935,9	900,7	882,2	913,9	954,1	815,7	...
* Enderzeugnisse	*	3 002,7	3 431,8	3 157,9	3 361,2	3 295,1	3 815,7	3 459,0	3 572,0	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	*	1 047,3	1 293,5	1 205,9	1 216,4	1 273,1	1 295,9	1 354,6	1 219,8	...
Maschinen	*	666,2	739,8	697,8	765,8	661,1	860,8	805,8	754,5	...
Fahrzeuge	*	587,4	585,9	500,2	535,9	578,6	675,4	467,2	654,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	*	472,3	566,8	514,5	580,2	558,1	632,0	540,7	521,8	...
Eisen- und Metallwaren	*	302,8	382,4	429,4	365,3	381,2	422,2	456,0	406,8	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	*	2 300,1	2 562,6	2 374,6	2 286,8	2 480,1	2 761,2	2 333,2	2 432,8	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	*	364,3	365,9	375,5	357,4	342,4	419,9	336,1	488,1	...
Frankreich	*	417,0	479,9	407,4	417,4	478,1	501,7	479,1	434,8	...
Italien	*	298,8	370,8	339,3	257,8	377,9	371,9	328,8	239,6	...
Niederlande	*	266,7	265,4	249,7	253,8	257,6	317,9	249,5	268,6	...
Belgien	*	195,5	220,4	204,2	221,8	196,6	215,5	168,3	202,1	...
Luxemburg	*	25,8	22,1	18,1	17,6	29,1	17,4	23,1	16,4	...
Österreich	*	236,4	244,4	249,5	239,4	227,1	284,6	242,9	277,3	...
EFTA-Länder ³⁾	*	234,9	275,6	261,6	292,5	278,0	315,4	278,8	273,0	...
darunter										
Schweiz	*	199,1	240,0	230,5	256,9	244,6	256,3	239,3	233,8	...
Norwegen	*	32,5	30,9	26,7	31,1	27,8	50,7	35,2	36,2	...
USA	*	429,1	509,5	456,7	530,1	506,3	473,9	564,5	464,4	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt¹⁾	*	7 173,5	8 764,2	8 355,7	7 903,5	8 528,1	8 288,7	7 678,2	7 609,3	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	*	322,2	346,1	374,9	357,6	321,8	387,3	419,2	338,7	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	*	6 851,3	8 418,1	7 980,8	7 545,9	8 206,3	7 901,4	7 258,9	7 270,6	...
davon										
* Rohstoffe	*	77,0	102,5	104,2	97,8	118,6	130,1	84,7	101,0	...
* Halbwaren	*	699,3	790,5	875,7	719,6	1 049,7	976,8	800,7	609,4	...
* Fertigwaren	*	6 074,9	7 525,1	7 000,9	6 728,5	7 038,0	6 794,5	6 373,6	6 560,2	...
davon										
* Vorerzeugnisse	*	669,5	869,3	851,4	797,7	870,4	870,0	960,6	858,2	...
* Enderzeugnisse	*	5 405,5	6 655,8	6 149,5	5 930,9	6 167,5	5 924,5	5 413,0	5 702,0	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	*	3 372,3	4 049,7	3 859,1	3 327,4	3 747,0	4 260,1	3 927,6	3 799,8	...
FREMDENVKEHR⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	783	816	849	1 047	1 047	911	844	898	965
* darunter von Auslandsgästen	*	191	211	281	280	280	232	262	247	232
* Gästeübernachtungen	*	2 000	2 138	2 392	2 662	2 662	2 292	2 416	2 550	2 520
darunter von Auslandsgästen	*	370	409	515	527	527	408	496	513	433
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	*	600	644	738	771	771	681	730	765	735
Luftkurorte	*	133	131	175	170	170	148	168	174	152
Erholungsorte	*	94	98	155	125	125	124	145	158	122
Sonstige Gemeinden	*	1 173	1 265	1 324	1 597	1 597	1 338	1 372	1 452	1 511
darunter Großstädte	*	526	575	554	690	690	573	575	606	655
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 301	1 350	1 417	1 499	1 408	1 249	1 335	1 377	...
davon										
* Güterversand	*	205	226	168	238	232	215	201	242	...
* Gütereingang	*	1 096	1 124	1 249	1 262	1 176	1 034	1 134	1 135	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2000 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungstätigkeiten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	34 124	30 577	30 374	28 540	28 645	33 017	30 486	30 045	27 809
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	*	29 759	26 145	26 552	24 738	25 206	27 351	26 437	25 908	24 049
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	*	1 877	1 868	1 714	1 885	2 083	1 960	1 438	1 739	2 237
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	*	2 073	1 998	1 656	1 504	933	3 040	2 106	1 960	1 051
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	*	297	267	251	244	261	320	264	220	261
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	*	2 310	2 252	2 194	2 495	2 416	2 389	2 400	2 665	2 324
* Getötete Personen ²⁾	*	47	45	42	41	61	39	51	69	46
* Verletzte Personen	*	3 111	3 031	3 043	3 229	3 209	3 198	3 184	3 481	3 162
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 353	39 561	.	.	109 439	114 624
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	36 883	39 083	.	.	107 559	113 120
Gelegenheitsverkehr	*	469	478	.	.	1 880	1 505
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 547	24 402	.	.	82 705	73 421
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	*	18 640	19 432	.	.	62 206	55 966
Gelegenheitsverkehr	*	4 908	4 970	.	.	20 499	17 455
Einnahmen	1000 DM	75 526	80 498	.	.	255 953	244 337
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	*	61 015	64 443	.	.	189 758	190 719
Gelegenheitsverkehr	*	14 511	16 055	.	.	66 195	53 618
GELD UND KREDIT										
B a n k e n⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	920 746	319 593	.	.	966 446	1 052 727
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	*	764 951	260 199	.	.	783 457	793 969
davon										
kurzfristige Kredite	*	120 360	43 486	.	.	130 526	136 098
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	*	644 591	216 713	.	.	652 930	657 871
Einzahlungen und aufgenommene Gelder ⁸⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Milli. DM	685 448	246 770	.	.	745 680	836 066
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	201	235	190	267	281	255	303	291	240
davon										
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁹⁾	*	155	153	127	171	173	170	184	169	142
von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	*	45	82	63	96	108	85	119	122	98
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	*	201	235	190	267	281	255	303	291	240
* darunter mangels Masse abgelehnt	*	133	123	85	133	148	122	155	130	88
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	105,0	107,0	107,4	107,3	107,8	109,8	109,9	109,8	109,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	*	102,1	101,4	101,5	101,1	100,5	106,8	106,2	105,2	105,4
Bekleidung, Schuhe	*	103,4	104,0	103,8	103,8	103,8	104,2	103,8	103,8	103,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	*	107,4	110,7	110,5	111,0	112,5	113,8	113,8	113,9	114,6
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	*	102,2	102,1	102,0	102,0	102,0	102,7	102,8	103,0	103,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	*	107,9	113,9	115,0	114,2	116,2	119,1	117,8	117,8	118,1
Nachrichtenübermittlung	*	88,0	84,3	83,8	83,8	83,7	81,7	81,9	82,0	82,0
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	*	103,4	104,9	106,9	106,0	105,1	106,3	108,4	107,8	107,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	*	103,0	103,7	106,2	106,2	103,7	105,2	107,1	107,2	104,8
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	104,9	106,6	107,2	107,1	107,1	109,4	109,6	109,5	109,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	101,5	102,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März – 1. Vj., Juni – 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Biseinschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen GemeinSchuldnern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. DM	6 486,1	6 949,5	6 509,5	5 328,2	7 753,5	9 636,6	5 694,3	5 387,9	6 317,6
davon										
Gemeinschaftsteuern	*	5 707,7	6 120,7	5 679,7	4 572,6	7 047,0	8 829,8	4 667,9	4 526,1	5 645,5
davon										
Lohnsteuer ²⁾	*	2 710,1	2 908,6	3 203,5	2 731,8	2 647,9	3 043,7	2 956,2	2 624,3	2 551,4
veranlagte Einkommensteuer	*	116,0	149,7	- 238,7	- 273,3	838,2	758,5	- 297,6	- 185,8	802,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	*	344,9	445,6	1 164,4	258,3	166,3	1 706,0	726,8	452,2	345,0
Zinsabschlag ²⁾	*	380,5	439,9	325,0	335,0	313,6	418,2	404,1	380,7	331,0
Körperschaftsteuer ²⁾	*	425,9	461,0	- 402,1	- 212,0	1 634,5	1 225,6	- 862,7	- 466,6	28,1
Umsatzsteuer	*	1 496,9	1 402,0	1 303,0	1 424,7	1 139,9	1 341,8	1 442,6	1 451,5	1 419,8
Einfuhrumsatzsteuer	*	253,5	314,1	324,6	308,0	306,5	336,0	298,6	269,7	167,8
Bundessteuern	*	458,0	488,0	437,7	503,5	459,9	526,9	564,3	529,2	440,0
darunter										
Mineralölsteuer	*	91,0	61,7	70,2	63,2	62,5	67,8	86,8	95,4	104,5
Versicherungsteuer	*	112,0	112,2	59,8	143,6	74,9	79,1	71,9	186,2	65,2
Zölle ³⁾	*	28,3	25,8	25,5	22,1	24,5	21,4	19,1	19,9	11,1
Landesteuern	*	242,3	255,3	213,9	219,0	222,2	258,4	281,7	311,8	221,0
darunter										
Vermögenssteuer	*	11,1	11,1	12,3	9,2	5,1	6,8	4,2	4,3	5,2
Erbsteuer	*	36,3	42,5	29,0	21,0	30,8	32,7	50,0	46,0	30,8
Grundwertsteuer	*	77,3	84,4	61,5	75,5	81,1	73,7	76,2	128,3	63,5
Kraftfahrzeugsteuer	*	86,5	86,7	85,1	83,9	77,1	112,1	108,8	102,8	91,7
Gewerbsteuerumlage	*	49,8	59,7	152,7	11,0	0,0	0,0	161,3	0,9	0,0
		1999	2000	1999	2000			2001		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.	März	Jun
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. DM	3 039,8	3 148,3	4 497,1	2 059,0	3 148,3	3 371,6	4 014,1	1 944,8	3 019,0
davon										
Grundsteuer A	*	8,4	8,5	6,9	8,4	8,6	10,0	6,9	8,5	8,2
Grundsteuer B	*	293,7	294,9	242,7	280,0	335,7	321,9	242,0	293,4	335,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	1 497,0	1 451,6	1 931,4	1 315,7	1 494,8	1 734,3	1 261,7	1 337,4	1 221,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	1 064,7	1 215,8	1 922,6	385,6	1 132,3	1 135,4	2 209,8	266,7	1 283,0
andere Steuern ⁵⁾	*	36,8	33,6	32,1	36,4	37,9	33,8	26,2	30,4	33,8
		1999	2000	2000			2001			
		Durchschnitt ⁵⁾		Jan.	April	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 617	4 730	4 603	4 710	4 781	4 755	4 691	4 778	4 799
* Männliche Arbeiter	*	4 781	4 892	4 754	4 870	4 946	4 920	4 850	4 943	4 959
darunter Facharbeiter	*	5 085	5 195	5 046	5 165	5 261	5 225	5 160	5 250	5 268
* Weibliche Arbeiter	*	3 516	3 632	3 573	3 608	3 663	3 648	3 646	3 663	3 714
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	3 229	3 392	3 341	3 370	3 429	3 397	3 402	3 420	3 458
* Bruttostundenverdienst insgesamt	*	28,20	28,83	28,83	28,74	28,96	28,88	28,95	29,21	29,20
* Männliche Arbeiter	*	29,10	29,75	29,56	29,65	29,88	29,80	29,93	30,16	30,11
darunter Facharbeiter	*	31,27	31,99	31,81	31,87	32,18	31,98	32,17	32,41	32,34
* Weibliche Arbeiter	*	21,99	22,48	22,28	22,36	22,60	22,53	22,50	22,67	22,96
darunter Hilfsarbeiterinnen	*	19,98	20,77	20,82	20,69	20,91	20,77	20,75	20,84	21,08
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	*	6 715	6 845	6 755	6 800	6 859	6 900	6 921	6 966	7 018
* kaufmännische Angestellte	*	6 329	6 504	6 407	6 472	6 512	6 560	6 548	6 590	6 616
männliche Angestellte	*	7 222	7 428	7 336	7 392	7 434	7 486	7 441	7 488	7 502
weibliche Angestellte	*	5 252	5 355	5 282	5 318	5 370	5 404	5 440	5 464	5 509
* technische Angestellte	*	7 052	7 151	7 064	7 094	7 173	7 205	7 253	7 301	7 377
männliche Angestellte	*	7 204	7 304	7 206	7 242	7 331	7 364	7 409	7 456	7 534
weibliche Angestellte	*	5 590	5 753	5 729	5 706	5 751	5 795	5 857	5 907	5 973
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	*	5 588	5 742	5 628	5 731	5 732	5 805	5 865	5 933	6 004
insgesamt	*	5 613	5 770	5 657	5 766	5 760	5 829	5 902	5 965	6 038
kaufmännische Angestellte	*	6 254	6 422	6 332	6 424	6 393	6 482	6 587	6 660	6 737
männliche Angestellte	*	4 808	4 931	4 811	4 919	4 937	4 985	5 033	5 085	5 148
weibliche Angestellte	*									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitts. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Nachbarrecht in Hessen — mit Lärmverordnung und außergerichtlicher Streitschlichtung

Kommentar. Von K. R. Hinkel, 5. Auflage, 168 Seiten, kartoniert, 34,80 DM, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2001.

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere die Eigentums-gestaltung konzentriert sich in hohem Maße auf den häuslichen Bereich. Die Freude an Haus, Hof und Garten findet in vielfältiger Weise ihre Ausprägung; aber kaum anderswo treffen unterschiedliche Interessen der Menschen so unmittelbar aufeinander wie bei Grundstücksnachbarn. Gerade in dichtbesiedelten Gebieten sind dabei Interessenkonflikte unausbleiblich — und diese werden in zunehmend verschärfter Form ausgetragen. Andererseits lebt gerade das Nachbarschaftsverhältnis zu einem wesentlichen Teil von Toleranz und Ausgleich. Die Vorschriften des Nachbarschaftsrechts sind vor diesem Hintergrund zu sehen; entsprechende Überlegungen sind in die Kommentierung des Gesetzes einbezogen worden. Gerade weil das Hessische Nachbarrechtsgesetz nachgiebiges Recht ist und der Privatautonomie großen Spielraum lässt, bilden diese Vorschriften nicht nur Anspruchsgrundlagen für streitige Auseinandersetzungen, sondern auch Rechtsgrundlagen und Rahmen für ausgleichende Verhandlungen. Die fünfte Auflage berücksichtigt die weitere Entwicklung des Nachbarrechts bis 1. April 2001. Zwischenzeitlich ist auch eine Neuregelung der außergerichtlichen Streitschlichtung erfolgt. Diese Regelung wird im Wortlaut abgedruckt und erläutert. Die Kommentierung behandelt alle wichtigen Bereiche des Nachbarrechts (als Beispiele seien hier die Bereiche „Grenzverhältnisse“, „Grenzüberbauten“, „Fenster- und Lichtrecht“, „Einfriedungen“ oder „Bäume und Sträucher“ genannt). Selbstverständlich wird auch der Text des Nachbarrechts wiedergegeben. 7034

Corporate Identity

Grundlagen, Funktionen, Fallbeispiele. Von K. Birkigt, M. M. Stadler u. H. J. Funck, 10. Auflage, 624 Seiten, gebunden, 169,00 DM, Verlag Moderne Industrie, Landsberg am Lech, 2000.

Identitätskrisen, der Verlust der eigenen Identität bzw. die daraus resultierende Suche nach derselben sind Phänomene, die sich nicht nur auf Individuen (die Frage nach der Ich-Identität in der Psychoanalyse) beschränken. Auch Unternehmen geraten vor dem Hintergrund der Entwicklung des gesellschaftlichen Systems und damit der sozialen Beziehungen von der Traditionalität zur Rationalität zunehmend in Identitätskrisen. War in der Frühzeit der Industrialisierung bis weit in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg die Identität vieler Unternehmen durch die Inhaber- oder Manager-Persönlichkeit bestimmt — man denke nur an Namen wie Krupp, Siemens, Dornier oder auch Grundig und Neckermann — so hat sich im Laufe des Wachstums und des Erschließens neuer Märkte ein Rückzug auf das allgemeine Ziel des Wirtschaftens, nämlich die Erwirtschaftung von Gewinnen bzw. die Verzinsung des investierten Kapitals vollzogen. Das Unternehmen, sofern es noch Unternehmen und nicht nur Finanzholding ist, verliert den Boden unter den Füßen, seine klaren Unternehmensziele. Vielfach wird dieser Prozess durch Vertrauenskrisen gegenüber der Öffentlichkeit noch verstärkt. Somit rückt immer mehr das Entwickeln einer „Unternehmenspersönlichkeit“ oder Corporate Identity, bestehend aus den Säulen Unternehmensverhalten, Unternehmens-Erscheinungsbild und Unternehmens-Kommunikation, in den Mittelpunkt des Interesses. Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über die gegenwärtige Landschaft von Corporate-Identity-Konzepten. Dabei werden im ersten Teil zunächst die wissenschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen dargestellt bevor in den Teilen II und III einzelne Aspekte wie Franchising, Sym-

bolik, das visuelle Erscheinungsbild oder die Corporate Identity in der digitalen Welt beleuchtet werden. Im Teil IV zeigen ausgewählte Fallstudien wie Unternehmen ihre Corporate Identity in die Praxis umsetzen. Abgerundet wird das Buch durch Erfahrungsgrundsätze und Erkenntnisse aus der Praxis sowie Checklisten zu Vorgehensweisen bei der Planung und Durchführung von entsprechenden Projekten. 7038

Angewandte Statistik mit SPSS

Praktische Einführung für Wirtschaftswissenschaftler. Von P. P. Eckstein, 3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, VIII und 360 Seiten, kartoniert, 58,00 DM, Gabler, Wiesbaden, 2000.

„Statistik verstehen, vertiefen und anwenden“ ist das Leitmotiv, unter dem dieses Buch klassische und moderne Verfahren der deskriptiven und induktiven Statistik sowie der explorativen Datenanalyse anpruchsvoll und verständlich anhand praktischer Problemstellungen und unter Verwendung des Statistik-Programm-Pakets SPSS für Windows vermittelt. Das Verständnis der behandelten statistischen Verfahren setzt Vorkenntnisse in der deskriptiven und induktiven Statistik sowie der Wahrscheinlichkeitsrechnung voraus. Erfahrungen im Umgang mit dem Programmpaket Windows erweisen sich als erforderlich. Das Buch ist in acht Kapitel gegliedert („SPSS für Windows“, „SPSS Datenmanagement“, „verteilungsanalyse“, „Mittelwertanalyse“, „Zusammenhangsanalyse“, „Regressionsanalyse“, „Zeitreihenanalyse“, „Reliabilitätsanalyse“). Die statistischen Verfahren werden kurz theoretisch eingeführt und ausführlich anhand praktischer Problemstellungen demonstriert. Jedes Kapitel enthält Aufgaben, um dem Lernenden und dem Anwender die Möglichkeit zu geben, den erworbenen Kenntnisstand zu testen (die Lösungen sind im Anhang abgedruckt). Die dritte, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage basiert auf der SPSS Version 10.0 für Windows. Die wichtigsten Neuerungen sind zum einen eine elementare Einführung in die Reliabilitätsanalyse und zum anderen eine Reihe neuer praktischer Beispiele und Aufgaben, die eine redundanzfreie Ergänzung zu dem vom Autor ebenfalls verfassten „SPSS Arbeitsbuch“ darstellen. 7039

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Berufsbildung im öffentlichen Dienst

Ergänzbare Textsammlung des Berufsbildungsrechts des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Herausgegeben von Dr. F. Bieler, B. Bieler u.a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 4/01 vom August 2001, 5546 Seiten, in 3 Spezialordnern) 268,00 DM/ab 1.1.2002 EURO (D) 138,00; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2001. 4894/33

Buchführung und Bilanzierung von A — Z

Buchungsfälle und Bilanzierungstipps für Betriebe. Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Heft 5/2001 vom Oktober 2001, rd. 1202 Seiten, in Plastikordner) 70,00 DM; Erscheinungsfolge der Ergänzungslieferungen: jährlich 4 bis 6 Lieferungen; Rudolf-Haufe-Verlag, Freiburg, 2001. 6135/23

Arbeits- und Tarifrecht der Angestellten in den neuen Bundesländern — BAT — O

Ergänzungsband Ost zum Kommentar „Breier/Kiefer/Hoffmann/Pühler: Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT“. Bearbeitet von Alfred Breier, Dr. Karl-Heinz Kiefer, Horst Hoffmann und Dr. Karl-Peter Pühler, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 49. Erg.-Lfg. vom Oktober 2001, 1134 Seiten, in Plastikordner) 98,00 DM; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 2001. 6204/22

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz — HGIG

Kommentar. Von Dr. Torsten von Roettcken, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 11. Erg.-Lfg. vom April 2001, 1972 Seiten, in Plastikordner) 228,00 DM; Hüthig-Fachverlage (R. v. Decker), Heidelberg, 2001. 6749/3

Balanced Scorecard

Mehr als ein Kennzahlensystem. Von H. R. Friedagu, W. Schmidt, 3. Auflage, 262 Seiten, gebunden, 58,00 DM, Haufe, Freiburg, 2001.

Das betriebliche Controlling leidet seit seiner Einführung an einem erheblichen Mangel: Neben den „harten“ und klar durch Kennziffern ausweisbaren Faktoren bezieht das klassische Instrument die „weichen“ Faktoren, wie Motivation und Ausbildungsstand der Mitarbeiter, Innovationskraft, Zukunftsperspektiven des Unternehmens u. a., nicht mit ein. Hier setzt die Balanced Scorecard an. Nach Auffassung der Autoren besteht das eigentliche Potenzial der Balanced Scorecard in den in dieser Weise bisher nicht gegebenen Möglichkeiten zur Kommunikation strategischer Ziele sowie zur Verknüpfung von Visionen und strategischen Zielen mit der täglichen Betriebspraxis. Mit diesem neuen, auf das klassische Controlling aufgesetzten Instrument ist erstmals die ganzheitlich orientierte Bewertung und Analyse möglich. Die Autoren möchten mit ihrem Buch vermitteln, wie der Leser dieses Potenzial nutzen kann, welche Möglichkeiten dabei Kennzahlen bieten und warum die Balanced Scorecard mehr ist als ein Kennzahlensystem. Dies geschieht nicht trocken wissenschaftlich, sondern vor allem praxisnah und mit vielen Beispielen belegt. Die Autoren gehen zunächst auf die Grundprobleme der Unternehmensführung anhand von Kennzahlen ein und führen anschließend in die Grundlagen des neuen Bewertungssystems ein. Dann werden die einzelnen Kennzahlenfelder (Kennzahlen für die Kunden-, Geschäftsprozess-, Mitarbeiter- und Finanzperspektive) ausführlich beschrieben und erläutert. Den Abschluss bilden die Kapitel „Ganzheitlichkeit durch verbundene Kennzahlen“ und „Die Umsetzung der Balanced Scorecard im Unternehmen“. 7035

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 2001

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Sportanlagen in Hessen am 1. Juli 2000 (Ergebnisse der Sportstättenstatistik); (B V 1 - 01); (G)	12,00 DM
□/●, Excel/Word	12,00 DM
Personal und Personalstellen, sowie Habilitationen an den Hochschulen in Hessen im Jahr 2000; (B III 4 - j/00)	10,00 DM
□, Excel	10,00 DM
Schlachtungen in Hessen im August 2001; (C III 2 - m 8/01)	5,00 DM
Landwirtschaftszählung 1999; (Zimmervermietung und Hofnachfolge); (C/ Landwirtschaftszählung 1999 - 8 zugleich C IV 9/1999 - 8); (K)	6,00 DM
Landwirtschaftszählung 1999 zugleich Agrarstruktur- hebung 1999 (Repräsentativergebnisse); Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken in den letzten 2 Jahren; Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Arbeitsleistung; Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen nach Arbeitsbereichen, Beschäftigtengruppen, sozialökonomischen Betriebstypen, Größenklassen des Standardbetriebseinkommens sowie ausgewählten Betriebssystemen; Bezahler außerbetrieb- licher Einkommen; Anfall von Festmist und Gülle; Land- wirtschaftliche Berufsbildung; Versicherte und Beitrags- zahler; (C/Landwirtschaftszählung 1999 - 9 zugleich C IV 9/1999 - 9 unregelmäßig)	12,00 DM
Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 2001 (Ergebnisse der repräsentativen Handwerksberichterstattung); (E V 1 - vj 2/01)	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juli 2001; (E I 1 - m 7/01); (K)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2001; (E I 3 - m 8/01)	8,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2001 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 8/01); (K)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2001; (E I 1 - m 8/01); (K)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im August 2001; (F II 1 - m 8/01)	6,00 DM
Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen; (Fortschreibungsergebnisse); (F II 4 - j/00); (K)	10,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 7/01)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im August 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 8/01)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 7/01)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im August 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 8/01)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 7/01)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im August 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 8/01)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 7/01); (G)	10,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Juli 2001 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 7/01)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 7/01)	6,00 DM
□, Excel	6,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2001; (H II 1 - m 7/01); (H)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2001 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 7/01); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im August 2001 (Vorauswertung); (H I 1 - m 8/01); (K)	5,00 DM
Maßnahmen der Jugendarbeit im Rahmen der Jugendhilfe in Hessen 2000; (Ergebnisse der Jugendhilfestatistik); (K I 5 - 4j/00); (K)	6,00 DM
□/●, Excel/Word	6,00 DM
Realsteuervergleich in Hessen im Jahr 2000; (L II 7 - j/00); (G)	10,00 DM
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im August 2001; (M I 4 - vj3/01)	6,00 DM
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im September 2001; (M I 2 - m 9/01)	10,00 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Juli 2001 Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 3/01 Teil I)	8,00 DM
Teil II: Angestelltenverdienste; (N I 1 - vj 3/01 Teil II)	12,00 DM
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Hessen 1991 bis 1999 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (P II 2 - j/99); (K)	10,00 DM
□, Excel	10,00 DM
Entsorgung von Abfällen in betriebseigenen und in Anlagen der Entsorgungswirtschaft in Hessen 1998; (Q II 10 - j/98); (K)	8,00 DM
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik (Ausgabe II/2001); (Z I - hj/2001 - 1)	8,00 DM
□, Excel	8,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt . 65175 Wiesbaden